

Verkaufsstelle  
An die  
in 6793,  
Kaufpreis 6797.  
Telegraphen-Adresse:  
Sozialdemokrat, Prag.  
Böhlhofgasse 57544.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—  
Abbestellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlieferung der  
Retourmarken.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif  
billigst berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 11. Jänner 1923.

Nr. 7.

## Neuerliche Weltzerrüttung.

Der wahrwichtige französische Imperialismus triumphiert! Heute Nacht haben französische und belgische Truppen — nach einem vierundzwanzigstündigen Aufschub, den Poincaré für nötig hielt, um der deutschen Regierung von seinen Absichten Mitteilung zu machen — mit dem ganzen Rüstzeug des Krieges den Vormarsch zur Besetzung des Ruhrgebietes unternommen. Mit dieser neuen Gewalttat, hundertfach schändlicher als sie die kühnste Phantasie für möglich hielt, wird ein neuer Teil Deutschlands okkupiert und dieses in seinem Lebensnerv getroffen. Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, des größten mitteleuropäischen Eisen- und Kohlenzentrums, die zugleich die Beherrschung wichtiger Eisenbahnlinien und Wasserwege in sich faßt, bedeutet den schwersten Schlag des tollgewordenen Nationalismus nicht nur gegen Deutschland, sondern gegen die Weltwirtschaft überhaupt. Er bedeutet auch die Wiederaufnahme des Krieges, denn es geht um einen Krieg, wenn auch der eine Teil den Ueberfall auf sein Gebiet sich wehrlos gefallen lassen muß. Es bleibt Deutschland nichts anderes übrig, als die Gewalttat des französischen Imperialismus ruhig über sich ergehen zu lassen und wie es in dem Aufrufe des Reichspräsidenten Ebert heißt, auf die Vergewaltigung des heiligen Rechtes des deutschen Volkes am eigenen Boden, seines Rechtes zum Leben durch vorläufig wirkungslose Proteste zu antworten.

Es liegt auf der Hand, daß die Politik des französischen Imperialismus, die sich über alle Vernunft und alles Recht hinwegsetzt, nicht nur die Möglichkeit der Einkehr eines wirklichen Friedens in Europa auf unabsehbare Zeit verschüttet, sondern daß sie durch die dadurch bewirkte Schürung der Flammen des nationalen Hasses die Gefahr eines neuen Krieges zeitigt. Die Stellung des Ruhrgebietes unter Fremdherrschaft, die wirtschaftliche Abschneidung dieses für Deutschland lebenswichtigen Gebietes zum Zwecke der Ausbeutung seiner Kohlen- und Erzgruben durch den französischen Montantrust, muß zur weiteren Zerrüttung Deutschlands, zum neuerlichen Sinken seiner Währung, zur Steigerung seiner Kredit- und Zahlungsunfähigkeit führen. Es ist töricht, zu glauben, ein so in seinen Existenzbedingungen getroffenes und schwer geschädigtes Deutschland wäre imstande, seine Zahlungsverpflichtungen gegen die Siegerstaaten leichter zu erfüllen, als ein wirtschaftlich starkes und gesundes Deutschland. Die Kosten der Besetzung und der Pfändnahme allein werden größer sein, als sie das geschwächte Deutschland wird ertragen können. Die Annahme, Frankreich verfolge bei dem Ueberfall auf das Ruhrgebiet notgedrungen sein wirtschaftliches Interesse, ist daher völlig hinfällig. Deutschland war stets bereit, seine Verpflichtungen im Rahmen der Möglichkeit zu erfüllen, sowie in seinen Staatseinnahmen und seiner Wirtschaft alle Garantien und Pfänder dafür zu bieten. Daß Frankreich alle vernünftigen Erwägungen in den Wind geschlagen und einen Weg betreten hat, der die unheilvollste Störung der deutschen und europäischen Wirtschaft herbeiführen muß, kann unmöglich der Absicht entspringen. Deutschland zur Erfüllung seiner Reparationspflicht zu verhelfen, es kann darin vielmehr nur die Befolgung einer alle Grenzen übersteigenden Machtpolitik erblickt werden, die auf die Vernichtung Deutschlands, auf seine staatliche Zersplitterung abzielt. Das haben denn auch das auf den Scheideweg getatene England und mit ihm Amerika erkannt, die sich weigern, an der Politik Poincarés teilzunehmen. Diese beiden Staaten, die ihre Wirtschaftspolitik nicht, wie dies bei Frankreich der Fall ist, dem Macht- und Siegeswillen einer großwahnsinnig gewordenen Militärdiktatur aufzuopfern willens sind, haben erkannt, daß der Wirtschaftskrieg in Europa nur möglich ist, wenn Deutschland befähigt wird, durch Hebung seiner Produktionskraft seine finanzielle Leistungsfähigkeit

## Die Gewaltnote.

Paris, 10. Jänner. (Havas.) Heute nachmittags hat der französische Botschafter in Berlin der deutschen Regierung eine Note folgenden Inhaltes übergeben:  
Mit Rücksicht auf die Verpflichtungen, welche die Reparationskommission festgesetzt hat und die sich Deutschland bei der Durchführung des Programmes der Reparationskommission betreffs der Lieferungen von Holz und Kohle an Frankreich schulden kommen ließ, sowie mit Rücksicht auf die Bestimmungen 17 und 18 Anhang 2 Hauptstück VIII des Friedensvertrages von Versailles hat die französische Regierung beschlossen, in das Ruhrgebiet eine Kontrollkommission von Ingenieuren zu entsenden, welche mit der unerlässlichen Vollmacht der Kontrolle über die Tätigkeit des deutschen Kohlenzubehalters ausgestattet ist. Die Kommission wird durch Anordnungen, welche deren Präsident entweder an das deutsche Kohlenministerium oder den deutschen Verkehrsminister erläßt, straffe das Programm durchführen, das von der Reparationskommission festgesetzt wurde und alle für die Bezahlung der Reparationen notwendigen Maßnahmen treffen.  
Die italienische Regierung hat gleichfalls beschlossen, italienische Ingenieure zu entsenden, welche an dieser Aktion teilnehmen würden. Die Vollmacht der Mission ist in den der Note angehängten Dokumenten umgrenzt. Die deutsche Regierung wird ersucht, die interessierten Behörden davon zu informieren und ihnen die nötigen Instruktionen in dem Sinne zu geben, sich straffe nach den darin enthaltenen Anordnungen zu richten. Die fran-

zösische Regierung muß erklären, daß sie keineswegs daran denke, gegenwärtig Operationen militärischen Charakters durchzuführen. Der festgesetzte Zweck der Mission der Ingenieure und Beamten ist es, die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Versailler Friedensvertrag zu garantieren. Die französische Regierung entsendet in das Ruhrgebiet nur Truppen, die zum Schutze der Mission (!) und als Garantie der Durchführung ihres Mandates notwendig sind. Im normalen Leben der Bevölkerung wird daher keine Störung oder Aenderung (!) eintreten und die Bevölkerung kann ihre Arbeiten in Ordnung und Ruhe fortsetzen. Die deutsche Regierung hat das größte Interesse daran, die Arbeit der Mission und die Einquartierung der Truppen, die zu deren Schutz bestimmt sind, zu erleichtern. Die französische Regierung rechnet auf den guten Willen der deutschen Regierung und aller deutschen Behörden. Im Falle als die Tätigkeit der Missionäre der Mission, oder die Einquartierung der sie begleitenden Truppen durch irgendwelche Maßnahmen erschwert oder kompromittiert würde, weiters im Falle, als die Lokalbehörden entweder durch ihre Tätigkeit oder Nichtteilnahme irgend eine Störung im materiellen Wirtschaftsleben des Gebietes hervorzurufen würden, würden sofort alle Zwangsmassnahmen und alle Sanktionen, welche als unerlässlich anerkannt werden, in Wirksamkeit gesetzt werden.

## Der zerbrochene Versailler Vertrag.

Deutschlands Maßnahmen nach Außen und nach Innen.

Berlin, 10. Jänner. Der Minister des Auswärtigen, von Rosenberg, teilte heute im Reichstag die amerikanische Note mit, daß die Amerikaner ihre Truppen aus Deutschland zurückziehen. Der Reichstag wird für Samstag mittag einberufen. In politischen Kreisen verlautet, daß die Absichten der Reichsregierung durch folgende Punkte präzisiert werden können: 1. Der Versailler Vertrag wird für gebrochen erklärt und seine Anwendung bis auf weiteres ausgesetzt. Dazu gehört auch, daß keine Reparationskassen weiter bezahlt werden. 2. Die deutsche Regierung wird keine

Verhandlungen mit der Reparationskommission oder mit den Ententemächten vor Beilegung des Unrechtes führen. 3. Der deutsche Rechtsstandpunkt wird eingehend allen Staaten, auch den Neutralen zur Kenntnis gebracht werden. 4. Der Alkoholverbrauch in Deutschland wird stark eingeschränkt. 5. Die Metall- und Holzbeimischungen sollen geschlossen werden. 6. Die waffenpolizeilichen Bestimmungen werden außerordentlich verschärft. 7. Der nächste Sonntag wird als nationaler Trauertag erklärt.

## Übernahme der deutschen Botschafter aus Paris und Brüssel.

Berlin, 10. Jänner. (Wolff.) Botschafter Dr. Mayer ist telegraphisch angewiesen worden, die Geschäfte an den Botschaftsrat abzugeben und Paris zu verlassen. Eine entsprechende Weisung hat auch Dr. Landsberg in Brüssel erhalten.

## Bruch des Völkerrechts.

Berlin, 10. Jänner. (Wolff.) Nach der Uebergabe der gleichlautenden Noten durch den französischen Botschafter und den belgischen Geschäftsträger an den Reichsminister des Auswärtigen erklärte Dr. Rosenberg, daß die Reichsregierung sich ihre Antwort vorbehalten, daß er indessen schon jetzt gegen die angekündigte Aktion Protest erhebe, weil sie einen Bruch der Verträge und des Völkerrechtes bedeute.

zu erlangen und sie weigern sich, an dem Abenteuerunternehmen Poincarés teilzunehmen. Vorläufig haben die dadurch entstandenen Gegenstände zwischen Frankreich und England freilich nicht viel zu bedeuten.  
Die Vernehmung Frankreichs darauf, daß sich Deutschland in der Frage der Kohlenlieferung einer „bewußten Verletzung“ schuldig gemacht habe, ist zu durchsichtig, um eine Gewalttat rechtfertigen zu können. Die nach Paris entsandten Vertreter Deutschlands haben ausreißend und unwiderleglich nachgewiesen, daß es bei Ausnutzung aller Kräfte nicht imstande war, mehr als 89 Prozent der Kohlenmengen zu liefern, die ihm durch die Reparationsverpflichtungen auferlegt wurden, und daß schon die Erfüllung dieser Pflicht für Wirtschaft und Staat die verheerendsten Folgen hätte. Den im Verhältnis zu den Gesamtlieferungen Deutschlands geringen Bruchteil vermochte es nicht abzuführen, da Streik, Transportchwierigkeiten und Chikanen Frankreichs es bei der Uebernahme der Kohle an der vollen Erfüllung seiner Lieferungsverpflichtung hinderten. Alle noch so gewichtigen Argumente verpufften gegenüber dem nach den Ueberfall des Ruhrgebietes künftigen Frankreich wirkungslos. Es

bestand, haß erfüllt wie Thylos, auf seinem Schein.  
Mit dem Einrücken der französischen und belgischen Truppen hat eine neue verhängnisvolle Periode für Europa den Anfang genommen. Ehe Frankreich zur Einsicht gelangen wird, daß seine Regierenden, als sie es zu dieser Gewalttat trieben, schädlich und töricht am eigenen Staate und den Interessen der europäischen Staaten überhaupt handelten, wird das deutsche Volk eine schwere Leidenszeit, die Weltwirtschaft eine neue schwere Erschütterung durchzumachen haben. Das deutsche Volk wird im Bewußtsein seines, durch rohe, brutale Gewalt niedergetretenen Rechtes, äußerste Ruhe zu bewahren haben. Besonders die sozialistischen Parteien werden sich vor die schwere Aufgabe gestellt sehen, gegen den entsetzlichen Nationalismus, der aus neuen den Frieden der Welt bedroht, den Kampf zu führen. Der Glaube, daß schließlich das Recht siegen muß, wird ihnen und der sozialistischen Arbeiterpartei der ganzen Welt die Kraft verleihen, den vom Kapitalismus gefährdeten Frieden zu erhalten und es möglich machen, daß Deutschland aus dem Lode der Fremdherrschaft wieder zur Freiheit emporsteige.

## Die nationale Frage und die Kommunisten.

Der Kommunismus russischer Herkunft, der in seinen ersten Kinderjahren den Mund so voll nahm und der da vermeinte und glauben machte, daß die soziale Revolution schon vor der Tür stehe, konnte es sich leisten, die brennenden Tagesfragen des Proletariats einfach bei Seite zu schieben und sich der Mitarbeit bei der Lösung der vielen großen Probleme zu entschlagen, die einerseits sicherlich erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung vollständig herbeigeführt werden kann, andererseits aber heute schon vorbereitet werden muß, weil sich eben sonst unser Weg zum Sozialismus fast unüberwindlich schwierig gestaltet.

Das brennendste unter diesen Problemen ist das der Lösung der nationalen Frage. Es ist hinlänglich bekannt, daß die Kommunisten bis nun den Standpunkt vertreten, daß die Lösung der nationalen Frage auf den Tag nach der Weltrevolution, auf die Stunde nach der Verwirklichung des Kommunismus — hier ist Kommunismus gleichbedeutend mit Sozialismus — vertagt werden müsse. Ein anderer Standpunkt ist bisher namentlich innerhalb der deutschen Abteilung der tschechoslowakischen kommunistischen Partei niemals zu Tage getreten. Und doch müssen unsere Kommunisten nun auch in dieser Frage die Vollständigkeit ihres Standpunktes einsehen. Die Verhältnisse zwingen sie, sich mit der nationalen Frage auseinanderzusetzen, zumal in einem Lande, in welchem der nationale Kampf im Vordergrund des politischen Geschehens steht und dem Klassenkampf der arbeitenden Bevölkerung die allgrößten Hindernisse in den Weg legt.

Das Verdienst, in der deutschen Abteilung der tschechoslowakischen kommunistischen Partei zum ersten Male öffentlich zur Einkehr von der bisherigen Haltung gegenüber der nationalen Frage aufgerufen zu haben, gebührt dem Artikel-Schreiber des Reichsboten „Vorwärts“ vom 1. Jänner d. J., der sich H. C. genant und die Schaffung eines nationalen Programms als eine der wichtigsten Aufgaben der K. P. C. betrachtet.

Um ersichtlich zu machen, welche tiefgreifende Wandlung und Schwere da die kommunistische Partei auf einmal mitmachen muß, wenn sie sich wirklich ein nationales Programm schafft, muß man daran erinnern, wie von den Kommunisten bisher förmlich jede Verührung mit der nationalen Frage durch einen kategorischen Imperativ abgelehnt wurde.

In dem Antrag der Kreisorganisation Reichsboten auf dem Karlsbader Parteitag haben die Kommunisten, die damaligen „Linken“, in das von ihnen vorgeschlagene Aktionsprogramm nur einen kurzen Absatz über die nationale Frage aufgenommen, der sich in einer theoretischen Auseinandersetzung über dieses Problem erschöpft und keine Lösung bis nach dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bekanntlich war auch gerade in der nationalen Frage auf diesem Parteitag keine Einigung zu erzielen und es mußte dieser Punkt in der Deklaration offen bleiben.

Auf dem Gründungsparteiitag der deutschen Abteilung der kommunistischen Partei, der im März 1921 in Reichsbergen stattfand, stellte Kreislich in seinem Referat über die nationale Frage unter anderem fest: „Für uns ist die deutschböhmische Frage eine Sache, die wir der proletarischen Revolution unterordnen müssen.“ Und weiter: „Es ist ganz gleich, ob wir zur unterdrückten oder zur herrschenden Nation gehören.“ Und schließlich sagte er:

„Jede Auswertung einer nationalen Grenzfrage bringt nationale Kämpfe, eine Steigerung des nationalen Gegensatzes und letzten Endes einen neuen Krieg. Jeder neue nationale Krieg aber kann zugleich auch ein Zurückwerfen des Proletariats in seinem Aufstieg und Jahrzehnte bedeuten. Unser Interesse aber ist es, so rasch als möglich zur sozialen Revolution zu kommen.“

Diese Anschauung kam auch in der auf diesem Parteitag beschlossenen Resolution zum Ausdruck, in welcher die Erkenntnis niedergelegt wurde, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft eine Lösung der nationalen Frage nicht gebe. Von jeher und überall brachten die Kommunisten die Meinung zum Ausdruck, daß die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung sei, daß es für das internationale Proletariat eine untergeordnete Frage sei, welche Völker in die Rolle der Unterdrückten gedrängt werden.“

Ohne Zweifel war diese Art Stellungnahme zur nationalen Frage überaus leicht und beschwerlich die Kommunisten nicht mit der allgeringsten Verantwortung vor den Massen der deutschen Arbeiter, die Tag für Tag den Druck des nationalen Regimes in diesem Staate erdulden müssen. Nun aber ist der Traum, daß wir schon mitten drin in der Weltrevolution stehen, verfliegen und die Kommunisten fühlen sich immer mehr gezwungen, die Dinge aus der „augenblicklichen konkreten Situation“ zu beurteilen, von der aus nun der Kommunist S. O. im „Vorwärts“ zu einer ganz anderen Beurteilung der nationalen Fragen kommt. Er muß feststellen, daß in zwischen der Nationalitätenkampf keineswegs gemildert worden ist, „daß der Kampf der nationalen Bourgeoisien seine Schatten auch auf das Proletariat aller Nationen wirft“. Und sie, die bisher jeder Stellungnahme zur nationalen Frage auswichen sind, müssen nun bekennen: „Das Regieren der Nationalitätenunfreiheiten genügt nicht für eine revolutionäre internationale Partei.“ Wer hätte es geglaubt, daß sich im „Vorwärts“ für den bisher die nationale Frage bis zum Sturz des Kapitalismus ein Ding Nützliches nicht war, folgendes Bekenntnis finden würde:

Der glatte Tag: „In der kapitalistischen Wirtschaft kann es nicht anders sein, erst die sozialistische Ordnung wird all diese Dinge befruchten“, ist zwar schön und auch richtig, aber er fettet die Mißstimmung des betroffenen proletarischen Teiles keineswegs in revolutionäre Bahnen, er ist der Ausdruck einer Ideologie, welche für die Fortgeschrittensten verdonlich ist, für die Massen durch die trüben Erfahrungen der Gegenwart wenig praktischen Sinn erweist. Wir sind nun der Meinung, daß es eine der wichtigsten Aufgaben des kommenden Parteitag sein muß, der kommunistischen Partei der tschechoslowakischen ein nationales Programm zu geben.

Was aber schlägt S. O., der jetzt bekennet, daß die nationale Frage von einer revolutionären Partei nicht zu umgehen ist, seiner Partei als Grundlage zur Erörterung eines kommunistischen nationalen Programms vor? Eine Resolution der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei B. S. W. aus dem Jahre 1917, die er ganz zitiert und in der sich auch folgende interessante Stelle findet:

„In einer kapitalistischen Gesellschaft ist die Befreiung der nationalen Unterdrückung nur erreichbar bei einem konsequent demokratischen republikanischen Regime und einer Staatsverfassung, die die volle Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen sichert.“

Wir selber haben niemals an eine völlige Befreiung der nationalen Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft geglaubt. Nun erfahren wir, dank dem Kommunisten S. O., daß sich die russischen Bolschewiki, die Väter unserer Kommunisten, schon auf den Boden dieser Gesellschaft die Befreiung der nationalen Unterdrückung vorstellen können. Vielleicht ist Herr S. O. so freundlich, uns diesen erlauteten Widerspruch zwischen der Meinung der russischen Kommunisten und der Erkenntnis des Herrn Streich zu erklären.

Davon abgesehen aber ist es überaus wertvoll, feststellen zu können, daß sich nun auch zu der wichtigen nationalen Frage im kommunistischen Lager Stimmen melden, die diese Partei über kurz oder lang doch zwingen werden, von der „augenblicklichen konkreten Situation“ aus zur nationalen Frage Stellung zu nehmen. Wir sind überzeugt, daß sich die kommunistische Partei ein nationales Programm wird schaffen müssen, wenn sie nicht den Anspruch verlieren will, als eine Partei zu gelten, welche die brennenden Fragen des hierländischen Proletariats — und dazu gehört die nationale Frage in erster Linie — zum Gegenstand ihrer Politik macht. Wir sind aber auch davon überzeugt, daß die kommunistische Partei in diesem Nationalitätenprogramm keine anderen Grundsätze wird niederlegen können als die, welche schon seit Jahrzehnten unversinkbare Bestandteile des sozialdemokratischen Programms sind. Die kommunistische Partei ist gezwungen, zu den alten Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie zurückzukehren, denselben Kampf und diesen Kampf auf denselben Wegen zu führen, wie wir das ohne Abweichung von jeher getan. Und da wird sich nun den kommunistischen Arbeitern immer klarer die Tatsache erschließen, daß die kommunistische Partei dazu verpflichtet ist, die eigene Reflexfähigkeit in aller Offenlichkeit zu beweisen.

**Kommunistenhaß in Frankreich.**

Paris, 10. Jänner. (Havas.) „Le Matin“ erzählt: Ministerpräsident Poincaré, die Minister des Innern und der Justiz und zahlreiche gerichtliche Funktionäre pflogen gestern eine Beratung betreffs der Umtriebe französischer Kommunisten, französische und ausländische kommunistische Agenten, welche gefälschte Pässe hatten, sind an der Grenze verhaftet worden.

Die Kommunisten Monmousseau, Pictet, Bourdot, Treint, Maranne und Gaston René wurden heute Vormittag verhaftet. Es werden des besuchten Verhörens gegen die Sicherheit des Staates beschuldigt, begangen durch antisozialistische Propaganda, welche sie durch Artikel und Vorträge, namentlich in Deutschland, betrieben.

Paris, 10. Jänner. (Havas.) Zu der Meldung über die Verhaftung mehrerer französischer Kommunisten wird noch mitgeteilt, daß bei sechs von diesen Hausdurchsuchungen, dergleichen auch in den Räumlichkeiten der Zeitschrift „Humanité“ vorgenommen wurden, wobei mehrere interessante Schriftstücke beschlagnahmt wurden.

**Die tschechischen Faschisten.**

**Eine vertrauliche Versammlung.**

Die „Ceske slovo“ meldet, hat vorgestern eine vertrauliche Versammlung der Faschisten in der bekannten Restauration „Sumbriček“ in der Nationalstraße in Prag stattgefunden. Es hatten sich etwa drei Duzend Anhänger der Lehren Mussolinis zusammengefunden. Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende Lubos Jezabek, welcher das Programm der tschechischen Schwefelpartei erläuterte. Er konnte nicht genug Mussolini bewundern und rühmte, wie energisch die italienischen Faschisten gegen die Kommunisten vorgegangen seien, wie sie in den Straßen Barrikaden errichteten und auf die Arbeiter schossen. Nichts anderes wünschte er den Tschechen zu sehen, als wie so ein italienischer Advokat und Fabrikant kumpfen könnte. Nach ihm sprach Professor Srba, nach diesem Dr. Cervinka über die Bodenreform, dann ein Zahnarzt und zum Schluß ein Herr Urban. Alle redeten, am meisten von sich selbst, von ihrer Persönlichkeit, von ihren Zielen, von ihren Taten und von ihrer Bedeutung. Sodann ergriff das Wort ein Mensch, dem es in der Republik sehr sehr schlecht geht. Es war dies nämlich der Fabrikant Kas aus Kostival, der aus vollem Munde patriotische Phrasen ertönen ließ. Er schrie so, daß der Zuhörer zitterte, und die Hüte vom Kleiderständer herabfielen. Weiter sprach der Vorsitzende der Legionär-Druzina. Er griff die tschechische Legionärsgemeinde an und behandelte die Situation der Legionäre in Rußland. Am Schluß der Versammlung wurde mit großer Freude konstatiert, daß Dr. Kravak erklärt habe, voll und ganz mit der nationalen Bewegung zu sympathisieren und hinter ihr zu stehen. Die Sitzung war um zehn Uhr beendet, nachdem noch eine Sammlung für den Preßfond unternommen wurde.

Vorige Woche versammelten sich dieselben Faschisten in der Restauration „Savrdva“. Hier hat irgend ein Baumeister unter anderem wörtlich erklärt: „Wir müssen eine strenge italienische faschistische Bewegung gründen, damit wir es der Arbeiterschaft unmöglich machen, Streiks durchzuführen, wenn immer sie sich nur erinnern, und damit wir nicht fernerhin die Drohungen mit dem Generalfreik ertragen müssen.“

**Die faschistische Presse.**

Die letzte Nummer der Zeitschrift der tschechischen Legionärdruzina bekennet sich offen zum Programme der „Nationalen Bewegung“. Auch in Budweis hat unter dem Titel „Unser Ziel“ ein Blatt zu erscheinen begonnen, welches sich als Organ der „Nationalen Bewegung“ bezeichnet und voller Angriffe gegen „die Gesellschaft von der Prager Burg“ ist. Geleitet wird dieses Blatt von einem gewissen Redakteur der Prager antisemitischen Zeitung „Staroslovan“.

**Gegen die oppositionelle Presse.**

Die nationaldemokratische Jugend erklärt eine Kundgebung an die Regierung, in der zum Schluß gefordert wird, daß 1. die strenger Normen unseres Strafgesetzbuches durch außerordentliche Gnadenakte nicht unangeführt gemildert werden, da diese Gnadenakte als Kundgebung der Menschlichkeit ihrem Zwecke nur in normalen Zeiten dienen; in abnormen Zeiten aber, in denen wir leben, die Sicherheit der Gesellschaft bedrohen; 2. daß die Bestimmungen der Gesetze, so weit es um den Schutz der Republik geht, mit aller Strenge gehandhabt werden; 3. daß um die Sicherheit der führenden Staatsmänner genügend gesorgt wird und 4. daß die Zensur verschärft und die Zeitungen, welche durch ihre Kampagne gegen den Staat bekannt sind, eingestrichelt werden. Bekanntlich steht die nationaldemokratische Jugend der nationalen Bewegung nicht allzuerne, da ja ihr Organisator, Professor Srba, an der vorgestrigen Faschistenversammlung teilgenommen hat.

**General Gajda bei den „Rottweihen.“**

In der Brünner „Socialistická Budoucnost“ teilt der Sekretär des Klubs der tschechischen sozialistischen Abgeordneten Dr. Kahanel folgendes mit: „Von unbedingt glaubwürdiger Seite erfahren wir, daß die führenden Personen der sogenannten nationalen Bewegung sich an populäre und hervorragende Generale unserer Armee-Legionäre wandten, sie mögen sich an die Spitze der nationalen Bewegung stellen. Es hat sich in der tschechoslowakischen Republik ein hervorragender Militär gefunden, der die Einführungen der „Rottweihen“ angeblich nicht ablehnt hat. Wahrscheinlich glaubt er, daß der Romantismus, den er in Rußland geltend machte, auch bei uns am Blase ist. Damit klar ist, um wen es sich handelt, führen wir seinen Namen an, es ist dies Kaschau. Eine lehrreiche Tatsache ist es auch, daß, obwohl er die Legionäre in ihrer Gesamtheit hasst, er sie im Kaisauer Gau doch gewonnen hat.“ Es kann sich hier um niemand anderen, als den kommandierenden General von Kaschau, Gajda, handeln.

**Inland.**

Eine bedenkliche Verirrung leistet sich das getrigge Abendblatt des „Pravo Lidu“. Es veröffentlicht folgende Notiz:

**Unsere deutschen Sozialdemokraten.** Die Tschechische sozialdemokratische „Freiheit“ schreibt auch im Dienstagblatte, daß „nach allem, was bisher über das Attentat bekannt geworden ist, sein Zusammenhang zwischen dem Attentat und der kommunistischen Partei“ besteht. Ähnlich schätzt die kommunistischen Mörder auch der Prager „Sozialdemokrat“. Als deutsche Minister in Deutschland erschossen wurden, haben auch diese beiden Blätter gegen die „Mordbuben“ gedonnert und haben die Ausnahmemaßnahmen in Deutschland gegen Attentate und zum Schutze der Republik gutgeheißen. Aber als ein tschechischer Minister angeschossen wurde, sind die „Mordbuben“ unter Schutz. Das Niveau der deutschen Sozialdemokratie in unserem Staate, insbesondere ihrer Journalistik, sinkt von Tag zu Tag!

Es ist traurig, daß das „Pravo Lidu“ sich solcher polemischer Zeit erbeudet. Wer unsere Artikel gelesen hat, weiß, daß wir auch nicht mit einem Worte den Mörder verteidigten und daß auch das „Pravo Lidu“ in schwerster Verlegenheit wäre, wenn wir es auffordern würden, auch nur einen Satz unserer Ausführungen anzuführen, der die Folgerung zuließe, daß wir die „Mordbuben“ schützen wollen. Wenn das „Pravo Lidu“ unsere Stellungnahme gegen die von den tschechischen Nationaldemokraten und ihrem Anhang betriebene Hege zum Zwecke der Erlassung eines Ausnahmegesetzes dahin auslegt, daß wir „Mörder“ schützen wollen und wenn es darin ein „Sinken des Niveaus der deutschen Sozialdemokratie“ erblickt, so kann man dann nur die Verlegenheit des „Pravo Lidu“ erkennen, auf unsere gegen die Partei der tschechischen Sozialdemokraten gerichteten sachlichen Ausführungen sachlich zu antworten. Die Behauptung des „Pravo Lidu“ steht verächtlich nach der Absicht aus, gegen uns die Straße zu mobilisieren. Gegenüber solchen Argumenten bleibt nur ein tiefstes Bedauern dafür übrig, daß das Blatt einer sozialistischen Partei derartiger Verirrungen fähig ist.

**Politischer Rindermund.** Das Aufseher „Lumpenblatt“ berichtet über Versammlungen der Kommunisten, in denen als Kreibich-Gefahr der tschechische Wambrunn vor — wie das Kommunistenblatt selbst zugibt — leeren Tischen Proben seiner Fröhlichkeit ablegte. Daß dem Wambrunn auch seinesgleichen richtig einschätzen, zeigt schon folgende Einleitung des Berichtes: „Wie wir voraussehen, waren es wiederum nur die alten treuen Klassenkämpfer, welche sich versammelten, um das Refektorium Wambrunns anzuhören.“ „All die hunderte Arbeitslose, all die Beamten und Angestellten, welche in letzter Zeit jammernden und schimpfenden, als Opfer der Krise, sie hielten es nicht für nötig, oder waren sich zu gut, um an der Versammlung teilzunehmen.“ So ist es; sie hielten sich zu gut, diese Blödelei anzuhören.

Er — nämlich Wambrunn — schilderte das Verhalten der tschechischen Sozialdemokraten, die im Parlament wie abgerichtete Affenpöbel für alles stimmen, was die „Pöbel“ nur haben will. Und er sagte, daß bereits Anzeichen und Beweise vorhanden sind, daß auch die deutschen Sozialdemokraten in diesen Sumpf geraten werden. Die Ministerfessel üben eine so starke Anziehungskraft aus, so daß man dabei nur zu leicht die armen Proletarier vergißt.

Und wir sagen, daß bereits längst Anzeichen und Beweise vorhanden sind, daß „Dobran“ auf den politischen Rindstumpf eine so starke Anziehungskraft ausübt, so daß man nur zu leicht Mittel mit den paar alten, treuen Klassenkämpfern haben muß, die gekommen waren, und nicht gleich davonliefen.

**Ausschub von Freiheitsstrafen bei präsenzpflichtigen Personen.** Das Ministerium für nationale Verteidigung hat, nach einer Meldung des „Bentov“, die bisherigen Vorschriften über den Ausschub der Freiheitsstrafen bei aktiven, oder zum aktiven Dienst verpflichteten Militärpersonen, welche von Zivilgerichten verhängt worden, aufgehoben und mit Verordnung vom 23. Dezember 1922 folgende Direktiven erlassen: Würde eine präsenzdienstpflichtige Person zu einer sechs Monate nicht übersteigenden Freiheitsstrafe verurteilt, so wird der Betreffende vom Ergänzungsbereichskommando einberufen, gleichzeitig wird das betreffende Gericht ersucht, die Strafe bis nach Ableistung des aktiven Dienstes aufzuschieben. Hat der Verurteilte die Strafe bereits angetreten, so wird er vom Ergänzungsbereichskommando ebenfalls einberufen, gleichzeitig wird aber das Gericht um Unterbrechung der Strafe ersucht. Steht der Verurteilte bereits im aktiven Dienste, so wird von Seite des zuständigen Truppenkörpers bei dem betreffenden Gerichte ein Gesuch um Strafausschub bis zur Beendigung des Präsenzdienstes überreicht. Bei Strafen über sechs Monate ist sowohl ein Strafausschub, wie eine Strafunterbrechung ausgeschlossen, weiters bei Strafen wegen Kriegswunden und unerlaubter Kuchfahr von Bedarfsgegenständen in die Fremde. Diese Bestimmungen gelten für Böhmen, Mähren und Schlesien; für die Slowakei und Podkarpatien Aus gestatten die gesetzlichen Bestimmungen einen Strafausschub nicht.

**Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien.**

**Internationale Konferenz am 18. Mai.**

Entsprechend dem Beschluß der Exekutive der I. A. S. P. in ihrer Sitzung in Frankfurt am Main vom 8. Dezember 1922 wird die I. A. S. P. in einer internationalen Konferenz, die unmittelbar vor dem Hamburger Kongreß stattfinden wird, zu den Anträgen, die diesem Kongreß vorgelegt werden, Stellung nehmen und auch über die nach den Statuten erforderliche Einwilligung zur Teilnahme an einem Kongreß, an dem auch andere internationale Organisationen vertreten sind, beschließen. Diese internationale Konferenz dürfte voraussichtlich am 18. Mai in Hamburg zusammentreten. Die endgültigen Bestimmungen darüber sowie über die Tagesordnung werden in einer Sitzung der Exekutive der I. A. S. P. festgesetzt und sodann veröffentlicht werden.

**Poincarés journalistische Hausflechte.**

Poincaré ist der Herr auf dem europäischen Festland und wer heute in der Politik unseres Kontinentes etwas zu sagen haben will, tut gut daran, die Wege, die er geht, sauber zu legen, oder ihm demütig die Schleppe zu tragen. Das scheint in der nächsten Zukunft die Absicht des Herrn Poincaré zu sein, wenigstens läßt die Haltung seines deutschen Goldblattes, der „Prager Presse“ darauf schließen. Dieses brachte in seiner gestrigen Morgenausgabe die schon von früher her sorgfältig vorbereitete Nachricht, daß England sich in einem späteren Zeitpunkt vielleicht an der Bergverwaltung des Ruhrgebietes beteiligen würde, und in seinem gestrigen Abendblatt knüpfte es einen Artikel an die folgende, für alle künftigen Poincaré-Leserbücher wie geschaffene Erzählung: „Als nach der Konferenz Poincaré Bonar Law auf den Bahnhof begleitete, drückte der englische Premier lange seinem französischen Kollegen die Hand und sagte ihm: „Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen, daß Ihre Aktion von Erfolg begleitet sein werde. Dies wäre auch das beste Mittel, um unsere Politik einander näher zu bringen.“ Ist die Geschichte, die ein Herr „St.“ aus Paris berichtet, nicht rührend? Klingt sie nicht ganz wie eine der Legenden über den „guten Kaiser Franz“ oder dem „edlen Kaiser Franz Joseph“ und ist sie nicht genau so glatt erfunden?

Aber es wäre grundfalsch, deshalb über sie verächtlich lächelnd hinwegzugehen, denn die Absicht der Erfindung liegt klar auf der Hand. Sie bezweckt, die tschechische Offenheit über den wahren Stand der Dinge zu täuschen und ihr eingureden, daß der Siegesbund noch unerfüllt steht, damit sich unsere Außenregierung umso ungehinderter auf den französischen Kurs festlegen kann. Frankreichs Ideologie vom Versailles Heiligstum entspricht ja gewiß der Staatsideologie unserer heimischen Hurrapatrioten, aber schließlich und endlich sind die auch gut rechnende Geschäftsleute und so konnte ihnen immerhin vor den Folgen eines deutschen Bankrottes und einer Abkehr Englands von den binneneuropäischen Angelegenheiten grauen. Damit sich das brave hauswirtschaftliche Kind nicht fürchte, listet ihm die „Prager Presse“ die herzfördernde Legende von Poincarés und Bonar Laws Abschied auf und knüpft an sie Betrachtungen, die selbst eine politische Rinderstube als zu finstlich ansehen müßte, wenn sie nicht gar so perfid wären.

Werden hier doch die französischen Cassinonen als das harmloseste Ding von der Welt hingestellt, als ein spottbilliges Unternehmen mit minimalen militärischen Kosten (es marschieren ja nur Divisionen!) und mit der sicheren Aussicht auf Reingewinn. Es ist eine wahre Freude, als wie „produktiv“ sich die Pfänder in der Phantasie des Herrn St. darstellen, als ob sie wirklich nur genommen würden, um von Deutschland Zahlungen zu erlangen, und nicht, um es zu zertrümmern und politisch zu knechten. „Warum“, fragt er nach, „sollte die Kohlensteuer weniger einbringen, wenn sie von Frankreich eingehoben wird? warum die Kontrolle der Devisen nicht große Beträge einbringen?“ Weil, unterläßt er wohlwollend zu antworten, Raubwirtschaft für den Augenblick viel abwerfen kann, den ausgekauften oder dauernd produktionsunfähig macht. Nach heuchlerischer ist die Behauptung, die Arbeiterschaft der besetzten Gebiete werde eitel Vorteil von der Besetzung haben: der Wadere scheint nicht zu wissen (wie sollte er auch?), daß laubere Menschen sich von der Aussicht auf Judaslohn nicht verlocken lassen, zum Zwinghern überzulassen.

Bisher hatte die „Prager Presse“ nur die Aufgabe, jedes Gedächtnis des Herrn Dr. Beneš als geniale Staatswirtschaft anzuschreiben. Nunmehr muß sie auch schon für Poincaré Hausflechtarbeit verrichten und den Mist wegfahren von seiner schmutzigen Bahn. Für die Wege, die unsere Auslandsdiplomatie zu gehen gedenkt, ist das ein partiges Vorzeichen, es scheint im hohen Rat dieser Republik beschloffen zu sein, an der Zerstörung Europas und an der fresben Vorbereitung künftiger Kriege aktiv teilzunehmen.

**Besetzung Memels durch die Litauer?**

Berlin, 10. Jänner. (Tsch. P.-B.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten haben zwei Kommanden litauischer Soldaten zusammen mit Grenzbedeutung die Grenze des Freistaates Memel bei Pliken überschritten. Es scheint, daß die Litauer die Absicht haben, Memel zu besetzen.

# Krieg trotz Frieden.

## Protest des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Amsterdam, 10. Jänner. Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes hat einen Antrag angenommen, worin gegen die Politik der Gewalt protestiert wird und die an-

geschlossenen Organisationen aller Länder aufgefordert werden, zu verlangen, daß die Wiederherstellungsfrage einem Schiedsgericht des Völkerbundes unterworfen werden sollte.

### Bor der Befehung Effens.

Berlin, 10. Jänner. (Tsch. P. B.) In Essen wartet man den Vormarsch der Franzosen für heute nachts, sodas die Befehung Effens vor Einbruch des morgigen Tages vollzogen sein dürfte. Eine Benachrichtigung der deutschen Regierung durch die französische Regierung ist bisher nicht erfolgt.

### Das Düsseldorf Heerlager.

Essen, 9. Jänner. (Wolff.) Düsseldorf gleicht einem großen Heerlager. Eine Reihe von Schulen und Büroräumen wurden beschlagnahmt und mit Truppen belegt. Dauernd treffen neue Truppentransporte aller Waffengattungen ein. Die Kraftwagenbesitzer, denen ein Requisitionsbefehl zugewiesen ist, müssen ihre Wagen mit gefüllten Delbehältern zur früheren Kaserne der Meer bringen. Im Falle der Nichtvorführung der Kraftwagen wird der Besitzer vor das Militärgericht gestellt und seine Wagen können in Beschlag genommen werden. Während der Requisitionzeit und bis auf weiteren Befehl dürfen keine Kraftwagen ohne einen vom Kommandanten unterzeichneten Geleitschein den Brückenkopf Düsseldorf verlassen. Störungen im Eisenbahnverkehr sind bis heute abends nicht zu verzeichnen.

### Einwaggonierung der belgischen Truppen.

Brüssel, 10. Jänner. (Havas.) Nach den Zeitungen wird die aus allen Waffengattungen zusammengesetzte Abteilung, welche mit der französischen Armee bei der Ruhrgebietbesetzung zusammenwirken soll, unter dem Oberbefehl des Generals Vorrmans stehen. Die belgischen Truppen, welche an der Befehung des Ruhrgebietes teilnehmen sollen, wurden heute vormittags einwaggoniert.

Brüssel, 9. Jänner. (Belgische Telegraphen-Agentur.) Am Mittwoch vormittag werden Abteilungen belgischer Truppen von verschiedenen Punkten aus nach Deutschland vorrücken.

### Insgesamt 132.000 Mann.

Paris, 10. Jänner. Nach den „New York Herald“ wird in maßgebenden französischen militärischen Kreisen bestätigt, daß beim Vorgehen im Ruhrgebiet etwa 7.500 Mann Verwendung finden sollen. Als Reserve würden jedoch annähernd 25.000 Mann im Düsseldorf Dreieck und eine zweite Reserve von 100.000 Mann im Rheinlande selbst bereitgestellt.

### Keine militärische Teilnahme Italiens.

Rom, 9. Jänner. (Tsch. P. B.) Der definitive Standpunkt Italiens zum Vorgehen Frankreichs wird folgendes lauten: 1. Deutschland soll auf legale Weise zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen genötigt werden; 2. Italien kann auf seinen Reparationsanteil nicht verzichten; 3. Frankreich und Belgien sollen im ersten Kontakte mit Italien vorgehen. Die militärischen Sanktionen werden zwar als begründet bezeichnet, aber Italien würde Handels- und Wirtschaftssanktionen den Vorzug geben, und zwar hauptsächlich in der Form von Pfändern im Sinne ihres Memorandums. Darum ist Italien geneigt, italienische Ingenieure in die Essener Gruben als Kontrolloren zu senden. Die europäische Gesamtsituation wird als düster, aber keineswegs als alarmierend beurteilt.

### Brief eines Parteiveteranen aus Amerika.

Genosse Heinrich Bariel, der vor Jahrzehnten in Deutschböhmien und auch als Redakteur der Teplitzer „Freiheit“ wirkte, schrieb unlängst aus seiner neuen Heimat überm Meer an den Genossen Hellmich sen. in Teplitz den nachfolgenden schönen, stimmungsvollen und tatsachenreichen Brief:

Lieber Heinrich! Deine Adresse entdeckte ich in einer Nummer der „Freiheit“, die man mir gelegentlich geschickt hatte. So kommen wir zwei wieder einmal in Berührung... per Distanz... nach zwanzig Jahren! Wie bin ich seither in der Welt herumgestoffelt! Immer westlich, wie die Sonne, die mir dabei meinen Weg ganz leicht bescheinigt. Waren ja freilich manchmal Wolken an meinem Horizont, trübe und ganz schwarze. Im ganzen aber wars erträglich. Winter erwerben konnte ich allerdings nicht, höchstens ideale, auf die einem sein roter Helfer gepumpt wird. Von Teplitz aus ging's westlich durch Böhmen, dann westlich über die große Böhme, nach dem östlichen Amerika, Lawrence, Mass, dann weiter westlich tausend Meilen nach Chicago. Dort fünf Jahre Station gemacht, als Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“, von dort holten mich die Milwaukee Genossen, wo ich nun seit elf Jahren bin. Von hier aus ging ich dann weiter westlich auf Agitation, nach dem fernen

### Die Abberufung der amerikanischen Truppen.

London, 10. Jänner. (A.M.) Zur Abberufung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande melden die Blätter: Das Militärtransportschiff „Saint Michel“ erhielt den Befehl, morgen früh aus New York nach Europa zwecks Rückbeförderung der amerikanischen Truppen abzu dampfen. Am Rhein stehen noch ungefähr 1500 amerikanische Soldaten.

### Späte Opferbereitschaft der deutschen Unternehmer.

Berlin, 9. Jänner. (Wolff.) Die Spitzenverbände des gesamten deutschen Unternehmertums haben heute nachmittags beim Reichskanzler vorgeprochen und namens ihrer Verbände die Versicherung abgegeben, daß sie „bei der Abwehr der dem deutschen Reich drohenden Vergeßlichkeit“ die deutsche Reichsregierung einmütig mit allen Kräften unterstützen werden.

Die Wirtschaftskräfte würden alle Opfer bringen, welche die Not des Vaterlandes erheische. Der Reichskanzler bezeichnete die sofortige Zusammenfassung aller an der Wirtschaft beteiligten Faktoren zur praktischen Arbeit als die nächste dringende Aufgabe der Reichsregierung.

Der Wirtschaftsausschuß des besetzten Gebietes richtete an den Reichskanzler ein Telegramm, in dem er die Zusicherung ausdrückt, daß die Wirtschaftskräfte des besetzten Gebietes alle Lasten auf sich zu nehmen bereit sind.

### Die Haltung der Essener Industriellen.

Berlin, 10. Jänner. (Tsch. P. B.) Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beschloß gestern eine in Essen abgehaltene Mitgliederversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenbundes einstimmig unter Zustimmung der Arbeitervertreter, den Sitz des Syndikates von Essen nach Hamburg zu verlegen.

Die Verwaltung der Friedrich Krupp A. G. in Essen erklärte auf eine Anfrage, daß sie es versuchen werde, den ungehörten Fortgang in ihren Werken aufrecht zu erhalten, weil von dieser Arbeit allein in Essen 54.000 Menschen ihr Brot haben.

Berlin, 10. Jänner. (Eigenbericht.) Das Kohlenbündnis hat seinen Sitz nach Hamburg verlegt und bereits alle Dokumente in Lastautos dorthin schaffen lassen. So verständlich dieser Schritt erscheint, so darf man andererseits nicht vergessen, daß die Franzosen nun zuerst für sich sorgen werden und die deutsche Wirtschaft die Folgen der erschwerten Arbeit in Essen in erster Linie wird tragen müssen. Doch war dem Syndikat nicht zuzumuten, daß es den Franzosen nach aktiv in die Hände arbeiten würde.

### Sonntag große Protestkundgebungen?

Berlin, 10. Jänner. (Eigenbericht.) Heute nachmittags um vier Uhr wurde der Reichsregierung die französische Note, die den Einmarsch in das Ruhrgebiet ankündigt, überreicht. Um drei Uhr hatte der Reichskanzler die Parteiführer geladen; die sozialdemokratischen Fraktionsführer waren verhindert, da eine Sitzung der Mitglieder des Parteivorstandes mit denen des auswärtigen Ausschusses und mit Delegierten aus dem Ruhrgebiet stattfand.

Mit Freitag hat der Reichskanzler die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin geladen. Der Reichstag tritt morgen um zwei Uhr zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen.

Sobald die Befehung vollzogen ist, werden sich der Reichspräsident und der Kanzler mit Kundgebungen an die Öffentlichkeit wenden. Es ist nicht unmöglich, daß Sonntag große Massenkundgebungen stattfinden werden, da man solche von den öffentlichen Körperschaften lebhaft fordert.

Berlin, 10. Jänner. (Eigenbericht.) Der auswärtige Ausschuß des Reichstages hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, die bis acht Uhr abends dauerte. Sie war streng vertraulich und es liegt nur der amtliche Bericht vor. Es sprachen außer dem Außenminister Rosenbergs die Abgeordneten Genosse Hermann Müller, Helfferich, Stresemann, ein bayerischer Volksparteiler und ein Kommunist.

Berlin, 10. Jänner. (Wolff.) Die Reichsregierung hat die deutschen Vertreter im Auslande angewiesen, bei den fremden Regierungen unter eingehender Darlegung der Sach- und Rechtsgrundlage gegen die Vertrags- und völkerrechtswidrige Gewaltspolitik Frankreichs und Belgiens Verwahrung einzulegen.

### Devisenhaufe in Berlin.

Berlin, 10. Jänner. (Eigenbericht.) Bei der neuerlichen Devisenhaufe an der Berliner Börse erreichte der Dollar einen Stand von 10,234, das englische Pfund von 17,997, der Schweizer Frank von 1955 und die tschechische Krone von 297 Mark.

### Die Beratungen über das Reparationsanliegen.

Paris, 9. Jänner. Die Reparationskommission wird Freitag nachmittags über das von Deutschland geforderte Moratorium für seine Verzinsungen und Sachleistungen beraten.

### „Die Schuld trifft den Friedensvertrag“.

Paris, 10. Jänner. Die offiziöse Erklärung des amerikanischen Vertreters in der Reparationskommission Boyden wird vom „New York Herald“ wie folgt wiedergegeben:

1. Nach Boydens Meinung habe Deutschland in juristischer und technischer Beziehung in der Kohlenlieferungsfrage den alliierten Regierungen gegenüber abhichtlich verjagt und deshalb sei die Reparationskommission auf Grund des Friedensvertrages automatisch gezwungen gewesen, Deutschland entsprechend zu beurteilen.

2. Dieses Verjagen sei eine automatische Folge des Unzustandes, daß der Friedensvertrag eine unerträgliche Leistung darstelle, mit anderen Worten, die Schuld am Verjagen trifft mehr den Friedensvertrag als die Deutschen.

### Der Gipfel der Heuhetze.

Paris, 9. Jänner. Im Senate wurde ein Brief des wiedergewählten Präsidenten Leon Bourgeois verlesen, in dem dieser auf die bevorstehenden ersten Ereignisse und Beschlüsse hinweist. Das Land und seine erwählten Politiker müßten rücksichtslos die Haltung der Regierung billigen, um das durch den Friedensvertrag feierlich bestätigte Recht Frankreichs zu sichern. Frankreich weigere sich, einer Politik zu folgen, die den Triumph der Ungerechtigkeit bedeuten würde. Frankreich verkenne nicht den Wert der materiellen Interessen, aber es ordne sich einer stärkeren Macht, nämlich der des Rechtes, unter. (Diese Jesuitenmoral ist noch schamloser als die preussische Brutalität vom „zerissenen Ketzepapier“.)

zer Berge im Sonnenschein erglänzen. In den Klüften und Felsen des Roslodengebirges bei British-Kolumbia hörte ich des Okeanstroms donnernden Allod. Den Columbiastrom habe ich gesehen, dem gegenüber Donau, Elbe und Moldau selbst dort, wo sie am breitesten sind, zum kleinen Bächlein zusammenschrumpfen. Mein europäischer Fluß wälzt solche Wassermassen. An dem großen Salzsee im Mormonenstaate Utah stand ich. Und im Mormonenabernakel, der eigentlichen Hauptstadt Utahs (Salt Lake City, zu deutsch Salzsee-Stadt) war ich. In St. Louis sah ich die fruchtbarsten Felder am Mississippifluß. Und nicht zu vergessen die roten Felsen im „Garten Gottes“ bei Denver in Colorado.

Ein merkwürdiges Erlebnis hatte ich in Tacoma im Staate Washington. Das Lokal war voll Menschen; ich erhob mich gerade, um zu sprechen, da stürzt ein Mann zur Tür herein, starrt auf die Rednertribüne, drängt sich durch die Menschen und schreit immer wieder: „Natürlich ist er's! Natürlich ist er's!“ „What's the matter with that guy?“ „Was will denn der Kerl?“ fragten viele unwillig. Und schon war der Mann bei mir, ergriff meine Hände: „Kommst du mich denn nicht?“ Es war einer aus der Teplitzer Gegend. Den Namen habe ich vergessen. Er war zu meiner Zeit Raffier (in Judmantel, glaube ich) gewesen, von dort nach der Schweiz und dann nach Amerika ausgewandert. Auf einer Insel in der Meerenge bei Tacoma hatte er ein Haus und Felder. Dort sollte ich ihn besuchen, konnte aber nicht. Ich mußte am nächsten Tage früh zu Schiff über eine Meerenge hinüber nach Seattle und

### Litauer auf dem Marsche nach Memel?

Berlin, 10. Jänner. Nach hier eingetroffenen Nachrichten haben zwei Kompanien litauischer Soldaten zusammen mit Grenzbevölkerung die Grenze des Freilandes Memel bei Piltzen überschritten. Es scheint, daß die Litauer die Absicht haben, Memel zu besetzen.

### Streitgefahr in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 10. Jänner. (Eigenbericht.) Die Berliner Metallarbeiter haben in einer Urabstimmung den Schiedspruch, der den Stundenlohn auf 430 Mark erhöht, abgelehnt und mit Zweiviertelmehrheit für den Streik entschieden. Der Reichsarbeitsminister hat die beiden Parteien für Freitag zu Verhandlungen eingeladen, um den Streik zu vermeiden.

### Ein Arbeitskammergesetz in Sachsen.

Das sächsische Arbeitsministerium hat den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes herausgebracht. Darin ist der Aufbau der Arbeitskammern in folgender Weise vorgesehen: Es wird eine Landesarbeitskammer mit dem Sitz in Dresden errichtet. In den fünf Bezirken der Gewerbekammern werden Bezirksarbeitskammern gebildet. Die Landesarbeitskammer setzt sich aus vier Fachabteilungen zusammen, wozu Handel, Industrie und Bergbau 45 Mitglieder, Handwerk und Kleingewerbe 15 Mitglieder stellen, Land- und Forstwirtschaft, samt Gartenbau 30 Mitglieder und die übrigen Gewerbe- und Berufsgruppe 10 Mitglieder. Die Bezirksarbeitskammern bestehen aus je 60 Mitgliedern, wovon sie je 20 zur Landesarbeitskammer stellen. Die Kammer sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Bezirksarbeitskammern sind für alle Angelegenheiten zuständig, die die Arbeitnehmer ihres Bezirks betreffen; für Angelegenheiten mehrerer Bezirke die Landesarbeitskammer, für sachliche Angelegenheiten, die über den Rahmen eines Bezirkes hinausgehen, die Fachabteilungen der Landeskammer. Aufgabe der Kammer und Fachabteilungen ist die Unterstützung der Regierung, einer Behörde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, in den die Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft betreffenden Fragen grundlegender Art den gemeinsamen und den besonderen wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer zu dienen. Ihre Wirksamkeit ist hauptsächlich gutachtlichen Charakters, doch können sie außerdem der Regierung Wünsche, Beschwerden, Anregungen und Anträge unterbreiten. Die Kammer und die Fachabteilungen können ferner mit den öffentlichen landesrechtlichen gesetzlich geordneten berufständigen Vertretungskörpern als Gemeinschaftsorgane zu gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung zusammenzutreten, soweit es sich um allgemeine Angelegenheiten der Arbeitnehmer handelt. Die Mitglieder der Bezirksarbeitskammern werden von den in Bezirken tätigen Arbeitnehmern aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundzügen der Verhältnismäßigkeit auf drei Jahre gewählt. Das Amt eines Mitgliedes der Bezirksarbeitskammer mit Ausnahme desjenigen des Geschäftsführers ist ein unentgeltliches Ehrenamt. Doch können den Mitgliedern die Reisekosten ersetzt und ihnen für sonstige Aufwendungen angemessene Vergütungen gewährt werden. Die Mitglieder der Landeskammer werden in unmittelbarer und geheimer Wahl auf drei Jahre gewählt. Die aus der Erziehung und Tätigkeit der Kammer erwachsenden Kosten sind, soweit sie nicht anderweitig bedeckt sind, von den durch die Kammer vertretenen Arbeitnehmern zu tragen. Die Beiträge sind von den Arbeitnehmern unmittelbar durch die Gemeindeführer zu erheben. Man merke dem Gesetzentwurf an, daß in Sachsen ein sozialdemokratisches Ministerium die Regierungsgeschäfte führt.

Port Angeles. Dort, in Port Angeles, laufen auf Steinwurfweite von der Grenze des kleinen Dorfes nach Bären. Daß man auf der Straße mich plötzlich rief, ist mir auch in Portland, in Oregon und später noch in anderen Städten dreimal vorkommt. Es waren Leute, die mich in Oesterreich reden gehört; ich aber kannte sie leider nicht. Das verwunderte sie: „Ich bin doch oft in Ihren Versammlungen gewesen“, sagten sie. Da sind allerdings viele gewesen, in den Jahren, die ich agitatorisch drüben herumfuhrte.

Komisch war es einmal (1906) in Boston. Die Zeitungen meldeten gerade den Tod Johann Mosts, mit dem ich persönlich sehr gut befreundet gewesen war. Er war gar nicht so rabiat, wie er sich äußerlich geberdete. Seine Freunde am Wachstum der sozialistischen Bewegung drüben hat er, trotz seinem „Anarchismus“, im engeren Kreise nie verhehrt. Als ich in New York in seiner Behausung war, wo er unter dem Namen „Müller“ wohnte, mußte, ließ ich ihn an die zwei Dugend Anführer mit seinem Namen versehen. „Was willst denn damit?“ Inquirte er zurück. „Die gehen nach Oesterreich“, antwortete ich. Nun schrieb er gerne. Er hatte die Oesterreicher gern. „Das wäre das einzige Land, wo ich ich gehen würde“, sagte er, „weil ich überhaupt drüben irgendwas mich bilden lassen dürfte.“ fügte er halb grimmig, halb melancholisch hinzu. — Ich habe dann viele Wünsche nach Mosts Unterschrift von drüben, hauptsächlich aus der Teplitz-Aussieger Gegend, bekommen. Leider konnte ich den „Hannes“ nicht erweiden. Er war gerade auf einer Vortragstour. Auf der ist er

# Der Baeran-Prozess.

## Ausgabe Nowakowskys. — „Protokolle“. — Echtheit und Falschheit Photographenplatten.

Prag, 10. Jänner. Die heutige Verhandlung — die um 9 Uhr 10 Minuten eröffnet wurde — war mit der Zeugnisaussage des Nowakowsky ausgefüllt. Der Zeuge berichtet zuerst auf Fragen des Vorsitzenden über sein bisheriges Leben, sowie über seine Verurteilung.

**Vors.**: Wann sind Sie mit Karl Schwabe bekannt geworden? Welche Beziehungen hatten Sie zu ihm?

**Zeuge**: Ich kann den genauen Termin nicht angeben, wann unsere Bekanntschaft begann, ich glaube, es war Ende 1919, als ich verurteilt zu Hause in Brünn war. Soweit ich mich erinnern kann, bin ich Schwabe vorgestellt worden, durch wen, weiß ich nicht mehr. Unsere Beziehungen waren durch einige Monate sehr lose. Erst dann nahmen sie einen freundschaftlicheren Charakter an. Ich wollte mich an der Exportakademie in Wien inskribieren und Schwabe wollte mir dabei behilflich sein.

**Vors.**: Wann begann sich Schwabe für militärische Sachen zu interessieren?

**Zeuge**: Wir sprachen von militärischen Dingen allgemeiner Art. Erst später sagte er, daß ihm militärische Sachen interessierten.

**Vors.**: Wann haben Sie zuerst eine militärische Nachricht vertraulichen Charakters gegeben? War es im Sommer 1922?

**Zeuge**: Das war das erste Mal, daß ich ihm eine Nachricht anvertraute, die nicht ganz einwandfrei war.

**Vors.**: Auf welche Art haben Sie den Inhalt mitgeteilt? Haben Sie die Schrift gezeigt?

**Zeuge**: Nein.

**Vors.**: Auf welche Art also?

**Zeuge**: Ich habe mich vielleicht über jenen oder diese Sache geäußert.

**Vors.**: Sie geben mir keine strikte Antwort. Mißverstehen Sie mich nicht! Wenn ich frage, auf welche Art, so will ich wissen, ob dies mündlich oder schriftlich geschah.

**Zeuge**: Es war bei mir zu Hause. Ich hatte Papier und Blei vor mir. Ich habe ihm gewisse Sachen angschrieben.

**Vors.**: Was für Sachen?

**Zeuge**: Ueber die Truppenstation. Ich sagte ihm auch, wo dieses oder jenes Regiment liegt.

Nowakowsky gibt dann an, daß er wüßte, daß Schwabe mit Baeran verkehrte, als beide den Fall Kerschleben besprachen. Ueber den Fall Kerschleben sagt der

**Zeuge**: Ich weiß heute ganz bestimmt, daß die Nachrichtenabteilung eine Nachricht über Kerschleben bekam. Es war ein Zeitungsausschnitt. Ich habe diesen Ausschnitt gelesen und weil ich den Inhalt dieses Ausschnittes mitgeteilt habe, wurde ich wegen des Mißbrauches des Amtsgeheimnisses verurteilt.

Der Zeuge erklärt dann weiter, daß er den Zeitungsausschnitt über die Kerschleben sehr spät erhielt, als die ganze Sache schon erledigt war.

Der Vorsitzende verweist dann auf die früheren Aussagen des Zeugen. Nowakowsky gibt darüber Aufklärung, wie sie entstanden sind. Der Untersuchungsrichter hat ihm ein Protokoll Schwabes vorgelesen und gesagt: „Sie haben von der Mobilisierung Nachrichten verraten.“ Nowakowsky hat auf die weitere Frage, ob diese Nachrichten vertraulich waren, gesagt: „Wirklich.“

Ueber das Photographieren der Dokumente führt Nowakowsky aus, daß es bei Schwabe in einem kleinen Zimmer gemacht wurde. Schwabe habe dazu ein Reißbrett benutzt, auf dem das Dokument mit Papierleisten und Reißnägeln befestigt wurde. Der Zeuge kann heute aber nicht mit Bestimmtheit angeben, ob es so gewesen sei. Er selbst hat nur eine Photographie angefertigt. Nowakowsky bespricht dann das Dokument über Vorbereitungen zu einer Mobilisierung gegen Polen und Ungarn und erklärt, daß Schwabe für dieses Dokument Interesse gehabt habe, aus dem Grunde, damit sich die Großindustrie des Aufmarschgebietes auf einen Kriegsfall vorbereiten könne. Schwabe hat auch die Befürchtungen des Nowakowsky geäußert, daß sein Vorgehen als Spio-

nage aufgefaßt werden könne. Er hat ihm aber nie gesagt, daß er die Nachrichten für Dr. Baeran orauche.

Es wird sodann über die Geldangelegenheit polnischer Nowakowsky und Schwabe gesprochen. Weiter gibt der Zeuge über seine Urlaubsbreite Auskunft. Dabei wiederholt er einigemal, daß er niemals in Warschau gewesen sei und daß er in Danzig nur umgestiegen sei. Der Zeuge erzählt dann weiter, daß er in Zeitungen gelesen habe, daß militärische Angelegenheiten im Parlamente gestreift wurden und daß er es für möglich gehalten habe, daß die von ihm gelieferten Nachrichten für parlamentarische Zwecke gebraucht wurden. Er erklärt dann weiter, daß er zu Dr. Baeran keine Beziehung hatte, daß er ihn heute zum erstenmal im Gerichtssaale sehe: „Ich kann heute sagen, daß ich meine Angaben in der Voruntersuchung nur unter dem Einflusse der Mitteilungen des Untersuchungsrichters gemacht habe.“ Nach diesen Worten erhebt sich Dr. Baeran und sagt: „So wurde auch ich einvernommen.“

Nach einer Pause zeigt der Vorsitzende dem Zeugen ein Zeichenbrett: der Zeuge weiß nicht genau, ob es ihm gehört. Die größeren Geldbeträge, die er von Schwabe erhielt, seien ihm nicht ausgefallen, da er annahm, daß sich Schwabe in günstigen Verhältnissen befindet. Dem Zeugen wird eine Stelle aus seinem Konstitut vom 21. Oktober vorgehalten, in dem er sagt, er habe seinerzeit von Schwabe erfahren, daß er die ihm von Nowakowsky gelieferten Sachen dem Dr. Baeran übergeben habe und dieser sei weiter in die ungarische Gesandtschaft gegeben habe, da Baeran sehr gut den Bajtoci kenne. Diesen Passus seiner Aussage erklärt der Zeuge nun dahin, daß ihm gesagt worden sei, daß Schwabe die Nachrichten dem Dr. Baeran und dieser sie der ungarischen Gesandtschaft übergeben habe. Diese Aussagen machte er vor dem Polizeidirektor in Brünn und vor dem Untersuchungsrichter beim Divisionsgericht in Prag. Nowakowsky gibt dann an, daß er nur mit Schwabe in Beziehungen gestanden sei. Auf Fragen des Sachverständigen Hauzvie erklärt er, daß er erst bei Gericht erfahren habe, daß gegen ihn ein Hochverratsprozeß anstrengt ist.

Es wird dann in Besprechung der einzelnen Dokumente eingegangen. Nowakowsky erklärt, die Photographien der ihm vorgelegten Dokumente nicht hergestellt zu haben.

Während der Einvernahme erhält der Präsident einen Brief, aus dem ersichtlich ist, daß der Schriftleiter des Brünner „Montagsblattes“ und der Oberlehrer Schindler aus Brünn die Zeugnisaussagen zurückschickten, weil sie nicht richtig verstanden seien. Der Vorsitzende begibt sich aufgeregt zu den Verteidigern und erklärt dann, daß er hoffe, die Verteidiger werden ihm keine Schwierigkeiten machen. Die Verteidiger erklären, daß sie für die Haltung der Zeugen nicht verantwortlich gemacht werden können.

Es wird sodann der Akt betreffend die Vorbereitungen gegen Anruhen im Ostau-Rarwiner Revier besprochen. Nowakowsky behauptet, die drei darauf bezüglichen Schriftstücke dem Schwabe im Auftrag übergeben zu haben und dieser habe sie Bajtoci mit dem Erlaubnis übergeben, sie Baeran einzuhändigen.

**Dr. Baeran**: Es ist möglich, aber es war nicht besonders wichtig.

**Vors.**: Von wem haben Sie dieses Schriftstück bekommen? Von Bajtoci?

**Dr. Baeran**: Ich habe mit Bajtoci im Leben nie gesprochen. Es war auf einmal mit der im Parlamente eingelangten Korrespondenz da.

Bezüglich des Verzeichnisses der Hüften und Gruben, die für den Staal und die Wehrmacht wichtig sind, erinnert sich Nowakowsky an den Akt nicht, gibt aber die Möglichkeit zu, einen Auszug gemacht zu haben.

**Vors.** zu Dr. Baeran: Haben Sie dieses Verzeichnis gehabt?

**Dr. Baeran**: Ich habe schon in der Voruntersuchung gesagt, daß ich mich nicht daran erinnern kann. Es ist möglich, daß ich es bekommen habe,

zu bemerken, wie wir beide in gleicher Situation ganz auf derselben Linie der Argumentation uns bewegt hätten. Und wir wären doch sonst in solchen Dingen recht oft verschiedener Meinung gewesen. Ich stand ja immer links, wie Du weißt. Die Linkserei der Kommunisten war aber unmöglich mitzumachen. Doch war auch in Amerika unser Widerstand vergeblich. Und nun? — Nachdem die Kommunisten auch hier sich ein parmal in sich selbst gespalten und dann wieder „konsolidiert“ haben, maufern sie sich jetzt, daß die knallroten Federn nur so fliegen.

Doch das wird ja der reine Bandwurm! Wenn man halt noch zwanzig Jahren ins Schwaben kommt. . . .

Erinnerung, das ist ja schließlich alles, was uns im Leben bleibt. Und es tut manchmal recht wohl. Könnte ich die Häuser alle auf einen Platz zusammenstellen, worin sie alle wohnen, die mich meinen, und die ich meine, ich glaube, ich bräute eines der sieben Dörfer zusammen, die die Erde schön machen. In dem Klange solcher Namen lacht und weint, was unser Leben reich gemacht hat.

Du und allen drücke ich im Geiste herzlich die Hand! Dank auch schon für Brief und Familienbild.

Dein  
Heinrich Bartel.

dann aber weggeworfen, da weder das eine noch das andere für uns einen Wert hatte.

**Vors.**: In der Voruntersuchung haben Sie gesagt, daß Sie das Schriftstück nicht bekommen haben.

**Dr. Baeran**: Dann dürfte es richtig sein.

Die Verhandlung wird hierauf um 1 Uhr unterbrochen.

### Die Nachmittagsverhandlung.

wurde vom Vorsitzenden um 4 Uhr eröffnet. Die Zeugniseinvernahme mit Nowakowsky wird fortgesetzt. Der Zeuge erklärt, daß er den Vorbereitungsplan für den Kriegsfall mit Polen nicht photographiert hat, da die Photographie auf Taglichtpapier hergestellt ist. Auch Schwabe bestätigt, dieses Dokument nicht gesehen zu haben. Den Plan über die militärischen Streitkräfte in Uzhorod hat der Zeuge gleichfalls nicht verraten, da er überhaupt kein Dokument, das als „ordre de bataille“ bezeichnet war, verraten hat. In analoger Weise bestreitet Nowakowsky bei den übrigen, ihm vorgelegten Dokumenten, daß er sie in die Hand bekommen und insgesehen auch verraten hätte. Schwabe bestätigt bei diesen Dokumenten gleichfalls, daß sie ihm niemals übergeben wurden.

Das Dokument „P“, bezw. „PH“, das nach den Nachforschungen des Oberleutnants Soukup nur in Brünn verraten worden sein konnte, kennt der Zeuge Nowakowsky überhaupt nicht. Die Photographie dieses Dokumentes kann auch nicht von ihm stammen, da auf den Photographierahmen das Kreuz fehlt, das auf seinem Rahmen und zum Photographieren verwendete, vorhanden ist.

Als der Vorsitzende dem Zeugen vorhält, daß seine Angabe, er hätte mit Schwabe nur einmal photographiert, bezweifelt werde und daß er selbst einmal zugegeben habe, Schwabe hätte früher schon eine Photographie hergestellt, führt der Zeuge aus, daß man ihm solange vorgebetet habe, er hätte alle Photographien hergestellt, bis er es selbst glaubte.

Nowakowsky hat in der Untersuchungshaft und beim Divisionsgericht angegeben, daß er einmal im Frühjahr 1922 bei Schwabe war und daß Schwabe auf 20 Minuten mit einem Dokument ins Nebenzimmer gegangen sei und bei seinem Zurückkommen gesagt habe: „Es geht nicht.“ Schwabe soll damals das Dokument — es handelt sich um den militärischen Eisenbahndienst im Kriegsfalle — zu photographieren versucht haben.

Nowakowsky bestreitet heute diese Angabe.

Schwabe verweigert hierauf auf eine Frage des Vorsitzenden, daß es ausgeschlossen sei, daß er allein photographiert habe; Nowakowsky hat ihm nie ein Originaldokument anvertraut und habe ihn erst im Juni das erste mal besucht.

Nowakowsky: Man hat mir in der Untersuchungshaft meine Aussage durch ein eine halbe Stunde dauerndes Verhör abgeprecht, indem man mir sagte, daß ich allein Spionage in Brünn betriebe habe und daß ich meine Mitschuldigen nicht schonen soll, da sie mich auch nicht schonen. Schließlich glaubte ich alles, was man mir vorhielt.

**Bert. Dr. Stein**: Hat man Ihnen bei der Untersuchung die Originale gleichzeitig mit den Photographien gezeigt?

**Nowakowsky**: Nein! Man zeigte mir einmal zwei Photographien, einmal eine, dann wieder Original, so daß ich mich nicht ausgelassen habe und schließlich dem Untersuchungsrichter alles zugestand, was er wollte. Bei der Hauptverhandlung zeigte man mir alles und da habe ich auch erklärt, daß ich viele Dokumente überhaupt nicht gesehen habe.

**Bert. Dr. Goller**: Wie lange hat die Hauptverhandlung gegen Sie gedauert?

**Nowakowsky**: Zwei Tage.

**Bert. Dr. Goller**: Hier dauert die Zeugniseinvernahme mit einem Zeugen einen Tag. Beim Divisionsgericht wurden drei Angeklagte in sechs Stunden verhört.

**Nowakowsky**: Der Vorsitzende beim Divisionsgericht hat mich überhaupt nicht ausreden lassen, so daß ich nie etwas erklären konnte. Man ist mir immer ins Wort gefallen.

Oberleutnant Sipel, der beim Verhör des Nowakowsky vor dem Untersuchungsrichter zugegen war, bestreitet, daß mit dem Zeugen in der von ihm angegebenen Weise verfahren wurde.

Bei der Besprechung eines weiteren Dokumentes — Aufmarschplan in der Slowakei —, das schon im Frühjahr 1921 verraten wurde, sagt

**Nowakowsky**: Als ich bei der Hauptverhandlung einwandte, daß ein so wichtiger Plan nicht einhalb Jahre liegen bleiben konnte, ohne daß ihn eine fremde Macht in die Hand bekommen hätte, meinte der Vorsitzende des Divisionsgerichtes: „Man kann so etwas leicht in der Tischlade vergessen.“ Auf diese Weise wurde ich behandelt und auch verurteilt.

Der Präsident bringt dann einen Artikel des Brünner „Montagsblattes“, der von Dr. Baeran stammt, zur Verlesung, in dem von dem Aufmarschplan gegen Polen, bezw. Polen-Ungarn die Rede war. Dr. Baeran müsse von dem Dokumente „P“, bezw. „PH“, das die materiellen Vorbereitungen zu diesem Plane beinhaltet, gewußt haben.

Den Plan über die tschechische Spionage in Polen hat Nowakowsky, wie er zugibt, verraten und Schwabe übergeben. Schwabe gibt zu, ihn durch Bajtoci an Dr. Baeran weitergegeben zu haben. Der Zeuge Nowakowsky hat die Abschrift, die Schwabe auf der polnischen Gesandtschaft verfertigt haben soll, niemals gesehen. Er war auch selbst nie auf der polnischen Gesandtschaft und habe mit Polen keine Beziehungen gehabt.

**Schwabe**: Bitte Nowakowsky zu fragen, ob er mir jemals statt Originalen nur Photographien übergeben hat.

**Nowakowsky**: Nein. Photographien habe ich Schwabe niemals gebracht.

**Dr. Baeran** erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden: Ich habe jene Rede, die im „Montagsblatt“ abgedruckt ist, im Budgetausschuß gehalten. Die Nationalpartei hat von fremden Diplomaten erfahren, daß die tschechische Diplomatie ein Doppelspiel treibe und sowohl Aufmarschpläne gegen Oesterreich und Deutschland, als auch gegen Polen und Ungarn besitze. Ich habe die Aufmarschpläne nicht gekannt, also auch nicht den Plan „P“, bezw. „PH“, den ich erwähnte, sondern ich habe nur den Auftrag bekommen, im Budgetausschuß darüber anzufragen.

Der Vorsitzende zeigt dann im weiteren Verlaufe der Einvernahme Nowakowsky eine Platte, die bei ihm gefunden wurde.

**Nowakowsky**: Bitte mir das Protokoll über die Hausdurchsuchung zu zeigen, bei der diese Platte gefunden wurde. Man hat es bisher mir zu zeigen verweigert.

Trotz eifrigen Suchens wird das Protokoll nicht gefunden.

**Nowakowsky**: Soweit ich weiß, stand im Protokoll über die Hausdurchsuchung nichts darüber, daß diese Platte bei mir gefunden wurde. Ich weiß nicht, auf welche Weise diese Platte zu mir gekommen ist. Denn erst nach zwei Monaten sagte mir der Untersuchungsrichter, daß diese Platte bei mir gefunden wurde.

**Vors.**: Auf welche Weise ist also diese Platte zu Ihnen gelangt?

**Nowakowsky**: Möglicherweise hat sie Schwabe mir beim Zurückgeben von Platten mit zurückgegeben, ohne daß ich davon etwas wußte.

**Vors.**: Was sagen Sie, Schwabe, zu dieser Platte?

**Schwabe**: Aus meiner Wohnung stammt die Platte nicht. Es ist ausgeschlossen, da ich alle Platten sofort vernichtete. Diese Platte stammt aus dem Jahre 1921. Es ist demnach ausgeschlossen, daß sie von mir stammt.

**Nowakowsky**: Die Platte ist ein typisches Beispiel für das Vorgehen gegen mich. Man zeigte mir die Platte, sagte, sie sei bei mir gefunden worden, obwohl kein Protokoll darüber vorliegt, und verlangte von mir darüber Aufklärung. Und ich gab eine, ohne zu wissen, welche.

Es wird dann die Art besprochen, in der Nowakowsky mit Schwabe photographierte.

**Bert. Dr. Stein** stellt den Antrag, daß **Wurm** als Zeuge einvernommen werde, damit festgestellt wird, auf welche Weise beim Divisionsgericht verhandelt wurde, da Dr. Stein mit dem Angeklagten **Wurm** niemals unter vier Augen sprechen konnte, man ihm alle Zuschriften vorenthielt und da man beim Verhöre Mittel anwandte, die gegen das Strafgesetz verstießen.

Auf eine Frage Dr. Gollers charakterisierte Nowakowsky das Verhältnis Dr. Baerans zu der Familie Nowakowsky: es betraf lediglich die Wohnungsangelegenheit. Dr. Baeran kennt Nowakowsky überhaupt nicht.

**Staatsanwalt** zu Nowakowsky: Warum haben Sie gegen Ihr Urteil nicht die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt?

**Nowakowsky**: Weil ich eingesehen habe, daß es nutzlos gewesen wäre, da ich ja verurteilt werden mußte.

**Staatsanwalt**: Wie alt sind Sie?

**Nowakowsky**: 23 Jahre.

**Staatsanwalt**: Kennen Sie sich in Rechtsachen aus?

**Nowakowsky**: Nein.

**Bert. Dr. Goller**: Sie erinnern sich, was ich Ihnen bei unserem Abschied gesagt habe. Es stimmt, nicht war?

**Nowakowsky** nickt mit dem Kopfe.

Die Verhandlung wird darauf eine Viertelstunde unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wird als Zeugin

**Frl. Dostal** einvernommen, die eine Angestellte des Dr. Goller ist und die von ihm auf den Brünner Bahnhofs geschickt worden ist, um in der Garderobe nachzusehen, ob dort ein Koffer Schwabes oder Dr. Baerans liege. Die Zeugin gibt an, daß sie tatsächlich dort gewesen sei, aber den Koffer nicht ausgefolgt erhielt.

Bei der Einvernahme der Zeugin kommt es zu einem Rekontré zwischen Dr. Goller und dem Staatsanwalt.

Die Zeugin kam mit einem Garderobezettel zur Garderobe, wußte jedoch das Stichwort nicht, so daß ihr der Koffer nicht ausgefolgt wurde. Ihre verschiedenen Aussagen widersprechen sich jedoch.

Damit wurde die Zeugnisaussage in der Spionageaffäre beendet.

**Bert. Dr. Stein** beantragt die Zulassung der Frau des Abg. Baeran als Zeugin, da sie die Passzettel über die Oppositionsabgeordneten gesehen hat. Es handelt sich nicht um Passzettel der Militärpolizei, sondern um Passzettel, die beim Nationalverteidigungsministerium aufliegen und die von Konfidenten verfertigt sind.

Der Vorsitzende erklärt, daß über alle Anträge vor Beginn der morgigen Verhandlung entschieden wird und fordert gleichzeitig Frau Baeran auf, den Verhandlungssaal zu verlassen, da sie gegebenenfalls als Zeugin einvernommen wird.

Es wird sodann zur Verlesung von Zeugenprotokollen geschritten, welche die Spionageaffäre betreffen, da zuerst diese erledigt werden soll. — Die Verhandlung wird nach 8 Uhr abends abgebrochen und auf morgen 9 Uhr vormittags angelegt.

**Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.**

# Tages-Neuigkeiten.

**Pfässische Ruduldsamkeit.** Die Pfaffen arbeiten mit allen Mitteln gegen die immer mehr zunehmende Strömung unter der Arbeiterschaft, ihre Kinder von der moralischen und geistlichen Fessel des Religionsunterrichtes zu befreien. Das sich gewisse Schulpfaffen hiebei erlauben, erhellt aus einem Bericht aus Hirschenland im Bezirk Neudorf. Die Kinder, welche von ihren Eltern zu Beginn des Schuljahres aus dem Religionsunterricht ferngehalten werden sollten, wurden von dem Katecheten so lange gepeinigt und gemißhandelt, bis sie erklärten, daß sie an dem Religionsunterricht auch weiterhin teilnehmen wollten. Besondere Strenge wandte der Pfaffe, der so seinen Willen mit einigen Ausnahmen durchsetzte, gegen die Kinder der Sozialdemokraten und Freigeistlichen an. Er ließ sie halbe Stunden lang knien und traktierte sie mit Schreien, bis die Eltern den Kindern die Teilnahme am Religionsunterrichte endgültig verboten. Derselbe Pfaffe weigerte sich auch, an dem neugeborenen Kinde eines Genossen, der seine älteren Anaben dem Religionsunterrichte entzogen hatte, die Taufe vorzunehmen. Dieses Beispiel zeigt, daß die Pfaffen mit immer größerer Frechheit gegen alle freireligiösen Bestrebungen des arbeitenden Volkes Sturm laufen. Sie täuschen sich aber, wenn sie glauben, so die sozialdemokratische Arbeiterschaft dem Willen der Kirche und des Klerus gefügig zu machen. Im Gegenteil: je größer der Druck der katholischen Geistlichen, desto stärker der Gegendruck des im Befreiungskampfe stehenden Proletariats, das sich von Tag zu Tag mehr der kirchlichen Fesseln entäußert.

**Aus der demokratisch-freireligiösen Republik.** Dieser Tage sollten im Teschener Gebiete Vorträge des Dresdener freigeistigen Schriftstellers Hugo Efferoth stattfinden. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich wieder, wie in der Republik Masaryks dank der Willkür der Schwarzküthen das Recht der freien Meinungsäußerung verraten und die Demokratie verhöhnt wird. Erst nach vielen Bemühungen gestatteten die Behörden die Abhaltung dieser Vorträge, bereiteten sie aber dann unter dem Einfluß der Schwarzen dadurch, daß sie dem Genossen Efferoth die Einreisebewilligung versagten. Auch diese reaktionäre Skandalmaßnahme der tschechoslowakischen Behörden, welche die Schande der tschechoslowakischen Demokratie im Auslande offenbart, wird die Emanzipation des Proletariats von dem Einfluß des Klerus und der Kirche nicht aufhalten, sondern beschleunigen. Die Folge solcher Vorfälle ist nur immer größere Abwendung der Arbeiterschaft von der römisch-katholischen Kirche.

**Die deutsche Schifferschule in Teichsen,** die dort seit 50 Jahren besteht, ist nach einer Blättermeldung durch eine Verordnung der Ministeriums für öffentliche Arbeiten aufgehoben worden. An ihrer Stelle soll in Schönbrunn eine Schifferschule mit tschechischer Unterrichtssprache eröffnet werden. Wenn sich diese Nachricht bewahrheitet, so hat sich die tschechische Sozialdemokratie ein neues Ruhmesblatt erworben. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten wird derzeit von dem tschechischen Sozialdemokraten Erba geleitet, der es sich vor der Internationalen als ein Verdienst buchen mag, an dem Kampf des tschechischen Nationalregimes gegen die deutschen Schulen aktiv teilzunehmen.

**Vollberziehung.** Der „Vollruf“, das neugegründete Kampfblatt der deutschen Nationalpartei in Neutitschein, erschöpft sich im schrankenlosen Lügen- und Tschekenhag. Wo in deutschen Völkern wirklich niedrige nationale und Rasseninstinkte vorhanden sind, werden sie von dieser Art Revolterpresse in unqualifizierbarer Weise angepisst. So finden wir beispielsweise im „Vollruf“ folgende nichtswürdige Mahnung an die Deutschen von Fulnek (Schlesien) unter dem Titel „Vetterschrei“:

„Am die Weihnachtszeit trübten sich hier tschechische Kinder herum; sie kamen auch zu Deutschen, um tschechische Lieder zu singen und bei dieser Gelegenheit zu betteln. Jeder volksbewußte Deutsche weiß, was er den verschiedenen tschechischen Bettlern und Hausierern gegenüber zu tun hat.“

Also wehe dem Deutschen, der einem armen, bettelnden tschechischen Kinde einen Heller schenkt! Das nennt man Vollberziehung, Erziehung zur Menschenliebe, zum nationalen Frieden. Wahrscheinlich: edle Herren, die Zeitungschreiber der Deutschnationalen!

**Post-Chaundinismus.** Der Nordböhmische Spar- und Konsumverein Teichstadt richtete dieser Tage an die Landesstelle 2 der Pensionsversicherungsanstalt in Prag ein dienstliches Schreiben. Dieses Schreiben wurde von der Post mit der Bemerkung „unbestellbar“ zurückgestellt, weil die Adresse folgenbermaßen lautete: „Prag XI, Pöbblitzerstraße 16“. Diese Adresse war von der Postbehörde blau durchgestrichen. Wir bezweifeln es als eine unerhörte Annäherung der Post, einen Brief mit einer derart eindeutigen Adresse aus reinem Chauvinismus zurückzustellen und auf diese Weise den Verkehr zwischen den Organisationen der Arbeiterschaft und der Pensionsversicherungsanstalt zu erschweren. Wir hoffen es für ausgeschlossen, daß das Postministerium mit diesem Vorgang einverstanden ist und erwarten, daß solche Uebergriffe untergeordneter Organe in Zukunft verhindert werden.

**Große Massenversammlungen** gegen die herrschende Wirtschaftskrise werden von der Kreisleitung und den Bezirksleitungen in Ausg. Stad. und Land der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den nächsten Tagen veranstaltet. Solche öffent-

# Der Miß in der Entente.

London, 10. Jänner. (Tsch. B.) „Daily Telegraph“ meldet: Der französische Botschafter Graf A. Aulair sprach gestern im Foreign Office vor, um die britische Regierung von den Absichten der französischen Regierung in Kenntnis zu setzen. Graf St. Aulaire betonte den Wunsch Poincarés, nicht nur korrekte, sondern auch freundschaftliche und herzliche Beziehungen zu Großbritannien aufrecht zu erhalten. Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, würden französische und belgische Ingenieure und andere Spezialisten unverzüglich in das Ruhrgebiet geschickt, esforiert von der unumgänglich notwendigen Masse militärischer Streitkräfte zu ihrem Schutze. Von französischer Seite wird hervorgehoben, daß dieser Schutz nicht notwendig gewesen wäre, wenn alle Allier-

ten sich bereit erklärt hätten, bei dem Plane mitzuwirken. Die Mitteilung Poincarés hat dem „Daily Telegraph“ zufolge zweifellos die Einberufung der morgen stattfindenden Sitzung des britischen Kabinetts beschleunigt. Diese Sitzung wird eine der wichtigsten sein, die seit Jahren stattgefunden haben. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß u. a. folgende Punkte zur Erörterung kommen werden: 1. Ob ein Protest gegen die französische Aktion erhoben werden soll und, wenn ja, in welcher Form; 2. ob England weiterhin seine Truppen am Rhein belassen soll; 3. die Frage der Vertretung Großbritanniens in der Reparationskommission, der Vorkonferenz und damit vermandten internationalen Körperschaften.

liche Versammlungen finden in der Zeit vom 14. — 23. Jänner in Pröblich, Mariaschein, Ausg. Pofau, Leitmeritz, Tümnitz, Karbitz, Großpriesen, Rönnerie, Restonitz und Schredenstein statt. Die Referate in diesen Versammlungen erstatten die Abgeordneten Genossen Beniel und Grünzner.

**Das Leichenbegängnis der Abgeordneten Stamm** hat am Sonntag in Brünn stattgefunden. Die Leiche der verstorbenen Kämpferin war über die Doppelseitige im Saale der Brüner Arbeiterakademie aufgebahrt gewesen, an der Bahre standen Arbeiterturner und Arbeiterpfänder Ehrenwache. Sonntag um drei Uhr nachmittags begann die Leichenfeier im Garten des Brüner Arbeiterhauses, wo nach Abführung eines Trauerchors durch die Arbeiterpfänder Abgeordneter Haken der Verstorbenen einen Nachruf hielt. Hierauf wurde der Sarg in einen bekränzten Leichenwagen gelegt und der Leichenzug, an dem tausende von Arbeitern teilnahmen, setzte sich in Bewegung. Hinter dem Sarge schritten u. a. für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei und ihren Abgeordneten, und Senatoren die Genossen Abgeordneten Dr. Czoch und Taub sowie Senator Professor Polach. Den ganzen Weg bis zum Friedhof in Zdenice säumte ein dichtes Spalier ein. Am Friedhof sang ein Arbeiterchor das „Lied der Arbeit“, worauf der Sarg vom Wagen gehoben wurde und unter Trauerchören durch ein Spalier von Arbeiterturnern zum Grabe getragen wurde. Am Grabe nahmen von der Verstorbenen Abg. Frauouel, Redakteur Wanel, ferner einige Frauen Abschied. Ein Regen voller Fleßen ergoß sich über den Sarg als letzter Gruß des Brüner Proletariats.

**Der Friedenspakt.** In Frankreich hat sich ein Streit zwischen Militärs und Antimilitärs über die Teilnahme der Geistlichen an Kriegen entzündet. Die Militärs weisen mit Stolz darauf hin, daß 19.038 Geistliche mobilisiert worden sind, und behaupten, daß den gewählten Kriegshelden der Tod zahlreicher Deutschen zu danken“ sei. Die Antimilitärs erinnern aber daran, daß Millerand als Kriegsminister 16.000 von den mobilisierten Geistlichen zum Spitaldienst kommandieren ließ und in Wirklichkeit nur 1255 Geistliche im Felde gestanden sind. Interessanter als diese Feststellung ist aber die Mitteilung, daß Papst Pius X. auf Verlangen der französischen Nationalisten die Einwilligung dazu gegeben hat, daß die französischen Geistlichen zum Dienst mit der Waffe herangezogen wurden. Während der Papst solche Worte über den Frieden machte, ließ er es zu, daß Priester seiner Kirche Menschen töteten. In der Bibel steht: „Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert untkommen“, und andere schöne Dinge. Aber der Stellvertreter Gottes sollte es sich mit der französischen Regierung nicht verderben und erlaube keinen Untergang, nicht nur, wie es ihr Verfall ist, die Waffen zu segen, sondern sie auch selbst zu führen. Um wieviel höher standen die Anhänger jener englischen Sekte, die sich lieber töten ließen, als daß sie gegen das Verbot ihrer Religion Menschen töten vergaßen hätten!“

**Der Rathenau-Mörder Tschow beim Ausbrechen.** Wie wir bereits meldeten, hat der Rathenau-Mörder Tschow gemeinsam mit einem inhaftierten früheren Mitgefangenen, namens Schauer einen Fluchtversuch aus der Strafanstalt Sonnenburg gemacht, der im letzten Augenblick dadurch vereitelt wurde, daß andere Sträflinge, denen Tschow von seiner Absicht Mitteilung gemacht hatte, den Fluchtplan verrieten. Zwei Gefangenwärter sind auf Grund der von der Anstaltsleitung geführten Untersuchung verhaftet worden. Bei Tschow und Schauer sind genaue Logenlisten des Zuchthauses und eine gewisse Summe in französischen Banknoten gefunden worden. Angeblich hat Schauer nach Frankreich flüchten wollen, und seine Freunde hätten ihm französisches Geld durch Vermittlung der Gefängnisinspektion in die Hand geschmuggelt. An der Befreiung Tschows und Schauers soll ein Konfortium von 8 bis 8 Personen gearbeitet haben. Ein in Treptow bei Berlin wohnender Freund Schauers ist verhaftet worden, da er Schauer einen Anzug überhandt habe, den dieser gegen seine Gefängnisstrafe austauschen sollte.

**200 Jahre russische Akademie der Wissenschaften.** Am 22. Jänner d. J. feiert die russische Akademie der Wissenschaften das 200jährige Gründungsfest. Es wurde beschlossen, eine Feier internationalen Charakters zu veranstalten. Am Jubiläumstage wird das neue Akademiegebäude, die Bibliothek und die neuen Räumlichkeiten des Geologischen Museums, welches seiner Ausdehnung nach das zweitgrößte der

Welt ist, geöffnet sein. Es wird eine eigene Zeitschrift, welche eine Uebersicht über die Geschichte der Akademie bieten wird, herausgegeben werden.

**Der Mißbrauch vieler Kaufleute an der Grenze,** die durch ihren Geschäftsbetrieb den Ausverkauf Deutschlands stark fördern, hat die sächsische Regierung zu einer Verordnung veranlaßt, wonach in den sächsischen Grenzbezirken gegenüber der tschechoslowakischen Grenze der Handel mit Lebens- und Genussmitteln, insbesondere Tabakwaren, weilers von Stoff- und Bekleidungsgegenständen: von einer vorhergehenden Erlaubnis abhängig gemacht wird, die nur nach einer gutachtlichen Erklärung des Hauptzolles und der Handels- und Gewerbestammern erteilt werden.

**Mißbrauchtes Vertrauen.** Unter diesem Titel berichtet unser Bodenbacher Parteiblatt, daß der sozialdemokratische Vorsteher der Gemeinde Losdorf im Bezirk Teichsen, Franz Brod, sich Misshandlungen in der Gemeindefasse zuschulden kommen ließ. Diese Misshandlungen sollen sich nach einer Untersuchung der Finanzkommission auf über 70.000 Kronen erstrecken. Welche Motive diesem Vergehen zugrunde liegen, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen und man erwartet von der weiteren Untersuchung eine Klärung dieser bedauerlichen Angelegenheit.

**Im Prager Theatre Varietés** wird dieser Tage ein Programm gespielt, das man wirklich ohne Uebertreibung als erstklassig bezeichnen kann. Eine schier unendliche, überaus abwechslungsreiche Fülle von Vorbereitungen auf den verschiedensten Gebieten lassen den Hörer und Zuschauer für ein paar Stunden die Sorgen des Alltags vergessen. Aus dem Programm seien folgende Nummern hervorgehoben: Eine ganz ausgezeichnete Trapesflüsterin, der, in der Gestalt eines Affen tanzende Kolon, der die Gelenkigkeit und Akrobatsfähigkeiten dieser Bierfänger des Unwunders fast übertrifft. Ein vorzügliches Equilibristentrio und als Glanznummer des ersten Teiles die verblüffende Kunst des Jongleurs Mongels. Der zweite Teil des Programms bietet unter anderem eine interessante Gruppe wunderbar dressierte Löwen und Tiger und das jenem wie musikalisch überaus wirkungsvolle Zigeunermusikantenpaar Stefan und Nicolai. Wir können dieses Programm mit gutem Gewissen bestens empfehlen.

**Wird.** Donnerstag, den 4. Jänner, nach 5 Uhr abends hörte man umweil Wotowa bei Ronsperg, in der Nähe der Kapelle, Schrei und kurz darauf einige Schüsse. Einige Leute aus dem Orte begaben sich dorthin und fanden den Waidhager Tschurli bereits tot auf. Er wies Schrittschunden im Kopfe und an der Schulter auf. Der Verdacht lenkte sich sofort auf den berüchtigten Waidhager Leberl. Der von Hosten herbeigeholte Polizeihund bestätigte durch Verbeßen des verumutlichen Täters den Verdacht. — Es verlautet, daß Leberl vom Heger Tschurli beim Waidern ertrappt und angehalten wurde. Tschurli soll Leberl aufgefordert haben, ihn nach dem Gemeindevorsteher zu folgen. Inzwischen benützte der Waidhager eine Gelegenheit, die sich während des Streites ergab, und rief das Gewehr des Hegers, das dieser zur Seite gestellt hatte, an sich, worauf er den Heger mit dessen Dienstgewehr erschoss. — Der Bedauernswerte ist 39 Jahre alt und hinterläßt außer seiner Frau sechs unversorgte Kinder. Leberl wurde dem Kreisgerichte in Pilsen eingeliefert.

**Die „Konsumgenossenschaft“** vom 1. Jänner 1923 enthält außer den üblichen reichhaltigen Rubriken folgende Artikel: Das neue Steuergesetz von Abg. Anton Dietl. — Die Bildungsarbeit im Zentralverband deutscher Konsumvereine. Von Heinrich Sierakowski (Hamburg). — Genossenschaftliche Studienreise in Sowjetrußland. Von Dr. Karl Wittel (Weihenfeld). — Alkoholvertrieb und Konsumvereine. Von Dora Staudinger (Zürich). — Salz. Von V. m. — Die Hege der Genossenschaftsfeinde gegen die Konsumvereine. — Wichtige Kleinigkeiten. Von f. — Der Verkauf der Werbewache. — Ferner einen ausführlichen Bericht über die Eröffnung des genossenschaftlichen Warenhauses in Karlsbad.

**Nähere Verbindung Prag-München.** Aus München wird uns berichtet: Am 8. Jänner fand in Regensburg eine Fahrplankonferenz der bayerischen und tschechoslowakischen Handelskammern statt. Es wurde eine Entschlieung gefaßt, in der bessere Verkehrsverbindungen zwischen dem südblichen Bayern und der Tschechoslowakei auf dem kürzesten Wege über Schwandorf—Furth i. B. vorant getrieben werden. Ueber Furth i. B. sollen mehrere Schnellzugsverbindungen geschaffen werden, die eine rasche Verbindung zwischen Prag und München ermöglichen. Der Vertreter des bayerischen Handelsministeriums erklärte, daß das bayerische Handelsministerium die

Förderung und Ausgestaltung des Verkehrs das lebhafteste Interesse entgegenbringe. Die Vertreter der tschechoslowakischen Handelskammern gaben der Hoffnung Ausdruck, daß auch in Zukunft die bayerischen Handelskammern mit den tschechoslowakischen in Fühlung treten werden.

**Eine Zentralmarkthalle für Groß-Prag.** Eine Enquete in der Prager Handelskammer verhandelte dieser Tage über die dringende Notwendigkeit der Erbauung einer Zentralmarkthalle in Prag für den Verkauf von Lebensmitteln im großen. Diese Zentralmarkthalle soll womöglich an der Moldau und mit guter Bahnverbindung errichtet werden.

**Ueberfischung des Wucheramtes.** Das Wucheramt in Prag überfischelt aus dem Gebäude des Landestrafengerichtes in das Gebäude des Bezirksgerichtes Zmichow, Zborovska I. 27.

**Ueberwältigt und ertränkt?** Am Sonntag fand man Kleidungsstücke der 18jährigen Anna Richter aus Westböhlen am Elbeufer. Die Richter war zuletzt in Gesellschaft mehrerer junger Leute gesehen worden und gegen Wogen verschunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Mädchen verewältigt und sodann in die Elbe geworfen wurde. Die Gendarmerie hat die Nachforschungen eingeleitet.

**Selbstmordversuche.** Gestern nachmittags unternahm die Hausgehilfin Marie S. einen Selbstmordversuch, indem sie eine giftige Flüssigkeit austrank. Nachdem ihr ärztliche Hilfe geleistet wurde, wurde ihre Ueberführung in das Bezirkskrankenhaus in den Weinbergen veranlaßt. — Ebenfalls gestern nachmittags verübte die Frau des Handschuhmachers Annecka W. einen Selbstmordversuch. Sie trank Esol und mußte durch die Rettungsgesellschaft in das Allgemeine Krankenhaus überstellt werden. Das Motiv der Tat ist häuslicher Zwist.

**Jugentgleisung.** Als gestern der um 8 Uhr früh aus Prag nach Prahburg abgehende Personenzug Nr. 312 die Station „Lieben-Statnsbahnhof“ durchfuhr, entgleiste infolge vorzeitiger Weichenstellung der letzte Wagon, wobei der Kaufmann Anton Koderle leicht verletzt wurde. Der Verkehr zwischen Prag-Masarnbühnhof und Lieben wird mit einem Geleise aufrechterhalten und die Untersuchung ist — wie die Staatsbahndirektion mitteilt — im Gange.

# Das Chaos in der französischen kommunistischen Partei.

Die französische kommunistische Partei, der es gelang, auf dem Parteitag von Lyons die Mehrheit der Delegierten für sich zu gewinnen, wird, wie die kommunistischen Parteien aller Länder, durch innere Gegenkräfte immer mehr zerfetzt und ist gerade jetzt, da Poincaré sich anschickt, französische Soldaten im Ruhrgebiet einzumarschieren zu lassen, vollständig aktionsunfähig. Der bisherige erste Sekretar der Partei Proffard hat in einem Schreiben an den Parteivorstand alle seine Stellen, die er bisher in der Partei bekleidet hat, niedergelegt und verläßt die Partei. Als Grund führt Proffard an:

Der sogenannte linke Flügel (dem von dem Moskauer Kongreß die Leitung der Partei übertragen wurde, D. Red.) behandelt die Partei wie ein erobertes Land. Er ergreift eigenmächtig die Leitung der Partei, und er setzt unter Umständen, die ein herzliches Einverständnis aller Kommunisten, die guten Willens sind, erfordert hätte, sein Werk nicht nur der Kritik, sondern auch der Verewältigung und der Verewältigung fort. Er leitet seine Wachtgreifung durch eine Reihe von Maßregelungen ein, die man nicht anders verstehen kann, als die Verewältigung eines kleinen Esquadrilles. Dieses Vorgehen wird zu dem endlichen Ruin einer Organisation führen, deren rapides Wachstum vor zwei Jahren aus mit den schönsten Hoffnungen erfüllt hat. Es wäre mir angenehm, wenn ich glauben könnte, daß diese Art des Vorgehens die Wiltigung Moskaus nicht finden wird. Aber ich habe Grund zu bezweifeln, daß Moskau keine richtige Vorbereitung von unserer Lage hat. Was mich betrifft, lehne ich es ab, durch mein Schweigen noch länger die Verantwortlichkeit für diese Dinge zu tragen. Am Vorabend des dritten Weltkongresses hat man uns gesagt, daß man sich nun endgültig entschließen muß, zu sagen: „Ich kann es“ oder „Ich kann es nicht.“ Nun ich habe meine Wahl getroffen: Ich kann es nicht. Es bleibt mir nichts anderes übrig, als einfach und ehrlich zu gehen. Wird, ich mich täuschen, so hätte ich allein die Folgen meines Irrtums zu tragen und es würde mich in meiner Zurückgezogenheit recht freuen, wenn die Ereignisse meine Verewältigungen nicht rechtfertigen sollten.

Die Vorgeschichte zu Proffards Demission soll die sein, daß in Moskau ein Ueberwachungs-ausschuß über die französische kommunistische Partei eingesetzt wurde, der vor kurzer Zeit acht Redakteure der Humanität entlassen hat. Ein solches Vorgehen kann Proffard nicht ertragen. Gleichzeitig mit Proffard ist eine Reihe anderer bedeutender Männer der kommunistischen Partei aus dieser ausgetreten, darunter mehrere Abgeordnete und Bürgermeister. Auch ganze Organisationen verlassen die Partei. So hat die kommunistische Partei die französische Arbeiterbewegung geschwächt und gelähmt und schaltet die französische Arbeiterschaft aus der Politik fast völlig aus. Nur durch diese Lätigkeit der Kommunisten ist der schrankenlose Imperialismus Poincarés, der Europa nicht zur Ruhe kommen läßt, möglich. So sind die Kommunisten auch in Frankreich die Schrittmacher der Reaktion geworden.

# Gerichtssaal.

## Gräfliche Hysterie — ein Grund zur Dastunfähigkeit.

Im Jänner v. J. fand in Görlitz vor dem Schwurgericht in dreitägiger Verhandlung ein großer, aufsehenerregender Mordprozess statt. Auf der Anklagebank saßen die Gräfin Erika v. Schlieffen, deren Sohn Hans Heinrich, ihre Gesellschafterin, ein Görlitzer Gemüschhändler und ein junger Student. Der Anklage lag ein Mordversuch an dem Grafen Ernst Martin v. Schlieffen und dessen Sohn Graf Georg Wilhelm in Schlieffenberg (Mecklenburg) zugrunde. Die gräfliche Familie befand sich in großer finanzieller Bedrängnis, und deshalb wurde beschlossen, den Grafen Georg Wilhelm zu ermorden, damit der Sohn Hans Heinrich der Gräfin v. Schlieffen Erbe des Majorats werde. Die Gräfin war, wie die Verhandlung ergab, die Urheberin des Mordplanes. Trotzdem kam sie äußerst glimpflich davon. Wegen Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens wurde sie zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und ihr auf die gleiche Zeit die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Das saum Gläubliche in der Geschichte ist nun, daß die Gräfin Schlieffen bis heute ihre Strafe noch nicht angetreten hat, sondern in einer Pension Genurück in Görlitz, Gartenstr. 2 verweilt. Unserem Görlitzer Revueblatt wurde diese Tatsache von der zuständigen Staatsanwaltschaft bekannt. Begründet wurde der bisher unterlassene Strafverfolgung mit der Dauer der 47 Jahre alten Gräfin. Die Strafreichte sieht nach weiteren Angaben der Staatsanwaltschaft unter ärztlicher Kontrolle und soll zuweilen unvermehrt auf ihren Gesundheitszustand untersucht werden. Ein Psychiater, Dr. Werner, als Sachverständiger des Gerichtes, erklärte die Gräfin für hinfällig. Die Staatsanwaltschaft selbst bezeichnet sich gegen diesen Bescheid als machtlos. In der Gerichtsverhandlung hat derselbe Psychiater als Sachverständiger beteuert, daß die Gräfin einen durchaus normalen Eindruck auf ihn gemacht habe und nach seiner Ansicht vollständig gesund sei. Wäre die Urheberin dieser schrecklichen Mordtat keine Gräfin, dann läge sie sicher längst schon hinter Schloß und Riegel.

# Kleine Chronik.

**Erzeugung durch flüssige Luft.** Lange Zeit hindurch konnte man für die flüssige Luft, die seit dem Jahr 1895 mit Hilfe der von L. D. erbaute Maschinen hergestellt wird, keine praktische Verwendungsmöglichkeit. So kam es, daß man jahrelang eigentlich nur Versuche anstellte, um die Eigenschaften der flüssigen Luft und ihre Kälteeinwirkung auf die verschiedenen anderen organischen Körper zu prüfen. Es zeigte sich, daß ein in flüssige Luft eingetauchter Gummischlauch so hart wurde, daß er mit den Fingern zerstoßen werden konnte, daß Beeren von Weintrauben ebenso wie Rosen glasartig wurden und Quecksilber so fest wurde, daß man es schneiden konnte. Bis es inoffen eines Tages gelang, durch Verabreichung der flüssigen Luft große Mengen Sauerstoff zu gewinnen, erweiterte sich das Anwendungsfeld der neuen Erfindung mit einem Male, und nun findet sie immer mehr und mehr Anwendung, so z. B. zur Herstellung von Sauerstoffgasen und, wie in Handel und Industrie mitgeteilt wird, sogar auch zur Gewinnung von Öl aus Früchten. In Amerika gibt es eine Anzahl von Kaffeeplantagen, die sich außerordentlich zur Erzeugung eignen würden, wenn sie nicht eine so harte Schale besäßen, und sich infolgedessen nur schwer entfernen ließen. Nun hat man die Beobachtung gemacht, daß, wenn man die Rinde einige Augenblicke in flüssige Luft eintaucht, unter der Einwirkung der ungemein kalten Kälte der Luft die Schalen der Rinde so spröde werden, daß man mit wenig Mühe die Rinde herauslösen kann. Die Anwendung der flüssigen Luft ist in diesem Fall sehr einfach und hat auch auf den Geschmack wie die sonstigen Eigenschaften der Früchte nicht den geringsten Einfluß.

**Brennende Berge.** Ein gewaltiges Buschfeuer hat Neu-Jadwales verwüstet und weite Gebiete von der Küste bis zu den blauen Bergen in Feuermeer verwandelt. Zahlreiche Siedlungen wurden zerstört trotz der übermenschlichen Anstrengungen der freiwilligen Feuerwehreinheiten, die während der Feiertage sich dieser Arbeit widmeten. Eine größere Anzahl wurde schwer verletzt. Ein ebenso großartiges wie graufiges Schauspiel war das Brennen der waldbedeckten Berge, die buchstäblich bis zum Gipfel in Flammen standen. Eisenbahnzüge, die sich plötzlich rings von Feuer umgeben sahen, entgingen nur mit genauer Not dem Untergang. Erst als der Wind sich drehte, konnte man der Feuerbrünste allmählich Herr werden.

**Ein Gesetz gegen den Kindererwerbhandel in China.** Auf Grund der Enthüllungen, die in der letzten Zeit über den Sklavenhandel mit Kindern in China gemacht wurden, ist nunmehr, wie aus Hongkong berichtet wird, ein Gesetz erlassen worden. Danach darf niemand mehr sogenannte Mutisai, wie die als Hausangestellte verwendeten kleinen Sklavinnen heißen, beschäftigen, wenn nicht ein gesetzlich geregelter Dienstvertrag vorliegt. Weibliche Dienstboten unter zehn Jahren dürfen überhaupt nicht mehr beschäftigt werden. Die bereits vorhandenen Mutisai müssen in Listen eingetragen werden, und die Besitzer solcher kleinen Sklavinnen sollen diese nur unter der Bedingung behalten dürfen, daß sie das Recht der Eltern anerkennen, ihre Kinder zurückzufordern, und den Kindern die Freiheit gewähren, ihre Beschäftigung auf eigenen Wunsch aufzugeben.

# Vollwirtschaft und Sozialpolitik.

**Der Höhepunkt der Wirtschaftskrise.** Das geistige Abendblatt des „Nude Bravo“ bringt einige Angaben über den Umfang der Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei, welche die Größe der Katastrophe erkennen lassen. Von 28 Hochöfen, die in der Tschechoslowakei in den Zeiten der Konjunktur in Betrieb waren, sind nicht weniger als 25 gelöscht, drei arbeiten. In der Textilindustrie standen am Ende des Jahres 1921 Fabriken still. Die Erzeugung von Koks, welche im Jahre 1913 2,5 Millionen Tonnen betrug, ist im Jahre 1922 auf eine halbe Million Tonnen gesunken. Während im Jahre 1921 561.000 Hektoliter Spiritus erzeugt wurden, wurden 1922 326.000 Hektoliter erzeugt. Vor dem Kriege hat die Brauindustrie etwa eine Million Hektoliter Bier ausgeführt, im Jahre 1922 nur 50.000 Hektoliter. — Und dabei befinden die Minister das Ende der Krise für gekommen.

**Arbeiterelend.** Aus Oberberg wird uns geschrieben: Die fürchterlich die Wirtschaftskrise und die Willkür der Unternehmer, die Krise zur Herabsetzung der Löhne auszunutzen, auf der Arbeiterschaft lastet, zeigt uns deutlich eine ziffermäßig belegte Betrachtung, die zugleich eine Anklage gegen die Wirtschaftspolitik in diesem Staate darstellt. Im hiesigen Drahtwerk hat die Arbeiterschaft bereits ein Jahr lang vier Tage in der Woche gearbeitet. Dies bedeutete für die Arbeiterschaft eine rund 33prozentige Lohnereduktion. Nun kam im Mai v. J. der 14prozentige Lohnabbau, der im Drahtwerk infolge der Spaltung in der Gewerkschaft durch die Kommunisten und teilweise auch durch die schlechte Konjunktur nicht abzuwenden war. Die Lohnereduktion betrug darauf 12,7 Prozent, obwohl der Preis der Bedarfsartikel zu dieser Zeit nach dem amtlichen Einheitsindex um etwa 12 Prozent heruntergegangen sind. Bei dieser Reduktion wurden die Lebensmittelzuschüsse, die etwa 18 Prozent des Lohnes ausmachten, rund auf acht Prozent verringert. Nicht genügend an diesem empfindlichen Lohnausfall, streicht die Firma im Laufe einiger Monate auch die acht Prozent der Lebensmittelzuschüsse. Durch diese Kürzung wurde der Lohn der Arbeiterschaft um 50,7 Prozent herabgesetzt. Aber im Oktober v. J. kam wieder ein neuer Schlag. Trotz der empfindlichen Lohnereduktion durch Kürzung der Arbeitszeit, Reduktion im Rai und Entzug aller Zulagen, führte die Direktion des Drahtwerkes rückwärts den distinkten 30prozentigen Lohnabbau durch. Das Glend steigerte sich dadurch ins Unermessliche, denn der Lohnausfall betrug diesmal schon rund 65,5 Prozent des ursprünglichen Lohnes, wegen der Preissteigerung aller Bedarfsartikel nach dem amtlichen Einheitsindex nur 36,8 Prozent betrug. Um die Weihnacht der Arbeiterschaft ganz zu verfallen, hat das Werk 140 Arbeiter entlassen und 40 Beamte und Angestellte gekündigt, wobei mit künftiger Leute mit 30 und mehr Dienstjahren bei der Firma, auf Pfoster gestipendiert sind. Dabei stand das Werk vom 16. Dezember v. J. bis 2. Jänner v. J. vollständig still. Nach dem 2. Jänner begann man wieder zu arbeiten, aber nur eine Schicht in der Woche oder drei Schichten in drei Wochen. Daß dies eine noch größere Lohnerabsetzung — man kann es nicht mehr Lohn nennen, vielmehr Trinksold — bedeutet, wird jedem klar, denn diese beträgt rund 94 Prozent. Jeder Arbeiter des Drahtwerkes verdient nunmehr 5,75 Prozent seines ursprünglichen Lohnes, das sind kaum 27 Kr. pro Woche oder 81 Kr. in Monatsrechnung des Wertes. Dieser Einheitsindex sank aber vom Jänner bis Ende Dezember v. J. von 1675 auf 999, also um 676 Punkte, was einer Preisabsetzung von etwa 10 Prozent gleichkommt. Das ganze Glend offenbart sich darin, wenn man die Lohnereduktion von 94 Prozent und die Preissteigerung von 10 Prozent vergleicht. Wenn wir die Arbeitserniedrigung berücksichtigen, und mit 12 Kr. im Durchschnitt annehmen, so beträgt der Lohnausfall immer noch rund 81,5 Prozent, das heißt der Lohnabbau ist immer noch um 103 Prozent größer als die Preissteigerung. Im Laufe des Vorjahres wurden aber über 400 Arbeiter noch entlassen. Auch in den anderen Werken steht es ähnlich. Die Fa. A. Hahn, die bereits schon vor der Stilllegung stand und jetzt auf eine kurze Zeit mit Reparationsaufträgen versehen ist, hat im Laufe des Vorjahres 500 Arbeiter entlassen, sowie auch verläßt bis vier Schichten pro Woche gearbeitet. In der chemischen Fabrik arbeiten ebenfalls nur drei Schichten. Dabei beziehen die Arbeiter bis heute keine Arbeitslosenunterstützung, trotzdem der Lohn kaum zum nackten Leben reicht. Seifenfabrik und Meismühle stehen vollständig, wodurch Hunderte Arbeiter um Beschäftigung gekommen sind. Die Raffinerie arbeitet jetzt mit einem sehr kleinen Bruchteil der Arbeiterschaft. Erst von kurzem wurden dort Entlassungen von Angestellten vorgenommen. Kurz gesagt, das Glend schaut aus jedem Winkel hinaus.

**Pauschalierung der Umsatzsteuer bei Kohle und Koks.** Das Finanzministerium verordnet im Einvernehmen mit dem Handelsministerium, mit den Vertretern der Kohlenversteigerer, Industriellen und Kohlenhändler gemäß § 19 Abs. 7 des Gesetzes vom 12. August 1921 Nr. 321 S. d. G. u. V. Nachfolgendes: Die im Einvernehmen mit dem Handelsministerium erlassene Finanzministerialverordnung vom 8. Jänner 1922 Zahl 129.512, betreffend die Pauschalierung der Umsatzsteuer bei Kohle und Koks, wird folgendermaßen abgeändert: Das Steuerpauschale bei der im Inlande gewonnenen Kohle beträgt vom erzielten Preise und bei dem im Inlande erzeugten Koks 2 1/2 Prozent vom ganzen fakturierten Preise resp. von der Lösung in denjenigen Fällen, in denen keine Faktura für gelieferte Kohle oder Koks ausgestellt wurde. Die vom Ministerium für öffentliche Arbeiten normierten Zuschläge zu den Kohlenpreisen (Manipulationsabgabe samt dem Zuschlag für den Kohlenrat, Aufwandszuschlag, Zuschlag für die Amortisation der Kohlenabgabe vom Zuschlag für die soziale Aufbesserung, Fleischzuschlag und Wehzzuschlag) unverändert weber dem Pauschale noch der Umsatzsteuer. Das Pauschale bei der aus dem Auslande eingeführten Kohle und Koks vom 1. Jänner 1923 an gerechnet, beträgt: 70 h von jedem Zentner Kohle aller Art außer braune Stückkohle; bei letzterer beträgt das Pauschale nur 50 Heller von jedem Zentner und bei Koks 1,20 Kr. von jedem Zentner Koks. In den übrigen Punkten bleibt die Verordnung vom 8. Jänner 1922 Z. 129.512 — soweit dieselbe ausdrücklich dieser Verordnung nicht widerspricht; — weiterhin in Gültigkeit.

**Herabsetzung des Beitragstarifes der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Böhmen in Prag.** Das Ministerium für soziale Fürsorge hat mit Erlass vom 23. Dezember 1922, Z. 10.731-IV, den Beschluß der Verwaltungskommission der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt in Prag vom 24. November 1922 hinsichtlich der Herabsetzung der Tarifeinheit auf Kr. 6.— für je 100 Kr. anrechenbaren Lohnes beim 100prozentigen Gehaltsprozente mit der Wirksamkeit vom 1. Juli 1922 genehmigt. Das Ministerium hat jedoch bemerkt, daß diese Maßnahme nur als eine vorübergehende anzusehen ist. Gleichzeitig hat das Ministerium für soziale Fürsorge zur Kenntnis genommen, daß die Anstalt bis auf weiteres von der Einhebung der Beiträge von Betriebsunternehmern zur Deckung der gesetzlichen Teuerungszuschüsse zu den Unfallrenten absehen will. Die Anstalt hat in den hinausgeschickten Beitragsberechnungen den Tarif bereits richtiggestellt.

**Weihnachtsgabe für die Rentner der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Böhmen in Prag.** Der Verwaltungsausschuß der Prager Unfallversicherungsanstalt hat in seiner Sitzung am 16. November 1922 beschlossen, ähnlich wie im Jahre 1920 und 1921 auch im Jahre 1922 eine Weihnachtsgabe den dürftigsten, schwerverletzten Rentnern, ferner den Witwen, Waisen und Abgonderten zu gewähren. Auf Grund dieses Beschlusses wurden in 2214 Fällen Weihnachtsgaben im Gesamtwert von Kr. 281.020.— gegen Kr. 249.630.— im Vorjahre angewiesen.

**Kleine Minimallohne in den Vereinigten Staaten.** Der Appellationsgerichtshof von Columbia hat ein Urteil ausgesprochen, demzufolge die Festsetzung von Minimallohnen für Frauen und Kinder eine Verletzung der Verfassung sei, weil es sich dabei um eine Gesetzgebung zugunsten einer bestimmten Klasse handle. Wenn der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten dieses Urteil aufhebt, so wird jedes Gesetz betr. Minimallohne im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten wirkungslos.

## Devisenkurse.

**Die tschechische Krone notiert in:**  
 Paris . . . . . Schw. Frank 14.90.00  
 Berlin . . . . . Mark 297.75  
 Wien . . . . . österr. Kr. 1972

## Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden . . . . .	1373.00	1377.00
100 Mark . . . . .	028.75	038.75
100 schwed. Frank . . . . .	055.75	058.25
100 Lire . . . . .	100.25	170.75
100 franz. Frank . . . . .	233.25	234.75
1 Pfund Sterling . . . . .	161.00	162.50
1 Dollar . . . . .	34.55.00	34.95.00
100 belg. Frank . . . . .	214.25	215.75
100 Dinar . . . . .	37.00	37.50
100 österr. Kronen . . . . .	074.50	075.00
100 poln. Mark . . . . .	017.50	022.50
100 ungar. Kronen . . . . .	136.00	146.00

## Züricher Schlusskurse.

Paris . . . . .	36.00.00	Zürich . . . . .	020.00
London . . . . .	24.52.00	Basel . . . . .	14.00.00
Berlin . . . . .	075.05	Reg. Post . . . . .	52.00.00
Nürnberg . . . . .	25.00.00	Belgrad . . . . .	523.00
Düsseldorf . . . . .	208.75	Warschau . . . . .	072.95
Wien . . . . .	000.75.50	Wien a. d. . . . .	070.00

# Kunst und Wissen.

**Die Wiener Gobelins.** (Vortrag Tiede in der „Urania“ am 8. Jänner.) Die Sammlung der Wiener Gobelins ist dadurch allgemein bekannt geworden, daß die Nachhaber der Entente sie wiederholt als Pfänder für die Kredite verlangt haben, die sie Oesterreich gewährten; daß die Gobelins trotzdem in Wien verblieben sind, ist mit ein Verdienst des Wiener Bildhofs-Schillers Tiede. Aber von dem Reichtum und der kunstgeschichtlichen Bedeutung der Sammlung haben nur wenige Menschen eine Ahnung. Prächtige Bildwerke verschaffen eine an nähernde Vorstellung hiervon. Es ist ein Verdienst des Vortragenden, daß er nicht in den Fehler einiger seiner Kollegen verfiel, die Bildwerke zur Hauptsache zu machen und den Text nur so nebenbei zu ihrer Erläuterung zu geben. Die Absicht des Vortrages war, die Entwicklung der Gobelinkunst von der Plöschentextil zur Flöschentextil und von dieser zur architektonischen und malerisch-perspektivischen Wirkung zu umreißen; und diese Absicht hat Tiede völlig erreicht; die Bildwerke vom 16. bis zum Ausgange des 18. Jahrhunderts erstand in ihrer Entwicklung lebendig vor den Zuhörern. Eine klare Einleitung führte in die Geschichte der Wiener Sammlung ein. Tiedes Darlegung der Verdienste der Habsburger um die Kunst sang mehr nach einem Lobe als nach einer geschichtlichen Betrachtung. Gerade das ist für den Wangel eines tiefen Kunstverständnisses und für das Fehlen echter Kunstbegeisterung bei den Habsburgern charakteristisch, daß sie sich bloß für das Dekorative, das Repräsentative interessierten, ohne Teilnahme für die Probleme der Kunst, ohne tieferes Erfassen und ohne Förderung der Entwicklung, immer nur mit einem Seitenblick auf das Prunkhafte und den Glanz ihrer Hausmacht. Den Beweis dafür liefert gerade die Gobelins-Sammlung. Die Förderung von Kunst und Wissenschaft durch die Habsburger ist eine dynastische Gabel, mit der zur Zeit der Monarchie die Bevölkerung gefüttert wurde. — r.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

**Wie kannst Du ein Millionenvermögen gewinnen, wenn Du kein Los gekauft hast?**

**1. Feber d. J.**  
 findet die  
**ZIEHUNG**  
 der  
**STAATSPRÄMIEN-BAULOSE**  
 statt.  
 Gezogen werden  
**1 Treffer zu 1,000,000 Kr.**

2 Treffer . . . . . zu 500,000 Kr.  
 10 Treffer . . . . . zu 100,000 Kr.  
 20 Treffer . . . . . zu 50,000 Kr.  
 50 Treffer . . . . . zu 20,000 Kr.  
 50 Treffer . . . . . zu 10,000 Kr.  
 100 Treffer . . . . . zu 5,000 Kr.  
 200 Treffer . . . . . zu 2,500 Kr.  
 1000 Treffer . . . . . zu 1,500 Kr.  
 1483 Treffer . . . . . um 8,000,000 Kr.

**Verlangt Prospekte!**

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt eine Beilage des Bankgeschäftes und Verkaufsstelle der Klassenlotterie, Edward Pellat u. Cie., Prag 1, Selezna ul. 5, bei. In Anbetracht des bereits vorgeschrittenen Vorverkaufes sind nur Lose in beschränkter Anzahl zu haben und empfiehlt es sich, die Bestellung so schnell als möglich vorzunehmen. 1372a

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.  
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
 Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

**Gegen die modernen Bösen**

schreibt Heinrich Mann in seinen Romanen Der Untertan, Professor Huxat, Die Armen. Jeder Band gebunden 32 Kronen. Zu beziehen durch die

**Buchhandlung Freiheit**  
 Zeplich, Schmidgasse 16.

**Mein Stolz ist die wirklich wunderbare, frische VISAN-MARGARINE**

mit der die feinsten Speisen, Blätterteig, Mürbteig hergestellt werden können und die auch als Aufstrich für Brötchen vorzüglich geeignet ist.

**Visan-Buttergleich Margarine • halb so teuer!**

